

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnstage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Insertate

(14 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 12. Juli. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichtsdirektor Held zu Halle im Regierungsbezirk Minden, den Hofen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Schullehrer und Kantor Lepach zu Juliusburg im Kreise Oels, dem Schullehrer Hothausen zu Unter-Barmen im Regierungsbezirk Düsseldorf, und dem Schulzen Pirwitz zu Balm im Kreise Wiedom-Bollin, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner dem als Herzoglich sächsischen Geschäftsträger am königlich bayerischen Hofe fungierenden preussischen Mittelmeister A. D. und ehemaligen Regierungs-Sekretär Friedrich Esholz die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Herzog zu Sachsen-Rothburg-Gotha ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes zweiter Klasse des Herzoglich sächsisch-erzsteinischen Haus-Ordens zu erteilen.

Am Gymnasium zu Bielefeld ist dem Oberlehrer Jungst das Prädikat „Professor“ beigelegt; und am Gymnasium zu Thorn die Anstellung des Schulanfänger-Siebert als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 1. Klasse 122. Königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Thlrn. auf Nr. 87,132. 1 Gewinn von 3000 Thlr. auf Nr. 27,385. 1 Gewinn von 1200 Thlr. auf Nr. 19,442. 2 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf Nr. 15,025. und 68,615. und 4 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 13,749. 47,235. 51,529. und 70,488.

Berlin, den 11. Juli 1860.
Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 11. Juli, Abends. Die heutige „Deutsche Zeitung“ dementirt die Nachricht, daß der Fürst Petrulla die Mission nach Turin abgelehnt habe, da ihm dieselbe nicht angeboten gewesen sei. Fürst Petrulla habe von Rom aus seine Entlassung gegeben; diese sei ihm verweigert worden, er habe aber Urlaub erhalten. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Turin vom gestrigen Tage ist Cardinal Corsi auf seinen früheren Posten zurückgekehrt.

Turin, Mittwoch 11. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Avenna meldet der „Abriatico“, daß in Pesaro Truppen in Bereitschaft seien, nach einem unbekannten Bestimmungsorte abzugehen, und daß 1500 Deserteure nach Urbino geschickt worden seien. In Ancona waren Ruhestörungen vorgefallen.

(Eingeg. 12. Juli 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 11. Juli. [Vom Hofe; Man-
cherlei.] Die heute aus Baden-Baden hier eingegangenen Nach-
richten melden uns, daß der Prinz-Regent nach Wildbad und die
Frau Prinzessin von Preußen nach Koblenz abgegangen ist. Die
früheren Bestimmungen haben aber noch weitere Veränderungen er-
fahren. Die Kaiserin Mutter und auch die Frau Prinzessin von
Preußen werden nämlich auch nicht der Gedächtnisfeier des Sterbe-
tages der hochseligen Königin Luise beiwohnen, sondern in Koblenz
und Stolzenfels zurückbleiben. Die Kaiserin Mutter soll sich vor
Aufregung hüten und die Frau Prinzessin von Preußen wird in
ihrer Nähe bleiben und erst nach dieser Familienfeier mit ihr in
Potsdam eintreffen, wo sie dann nicht im Neuen Palais, sondern
in den Neuen Kammern in Sanssouci wohnen will. Auch die nie-
derländischen Herrschaften sollen erst mit der Kaiserin nach Pots-
dam kommen, so daß also von einer Zusammenkunft sämtlicher
Familienglieder am 19. Juli nicht mehr die Rede sein kann. Der
Prinz Albrecht befindet sich bereits in einem Bade in Ungarn; er
hat diese Badereise so früh angetreten, weil es in seiner Absicht lie-
gen soll, die Kaiserin Mutter nach Rußland zurückzubegleiten. Zum
Gebrauch der Kaiserin sind heute Mittags bereits Pferde und Wa-
gen nach Stolzenfels abgeschickt worden, da die hohe Frau bald
nach ihrem Geburtsfeste dort eintreffen will. Der Prinz-Regent
kehrt spätestens am 17. d. Abends nach Schloß Babelsberg zurück.
Der Prinz Friedrich Karl, welcher in Folge seiner Ernennung zum
kommandirenden General des 3. Armee-Korps zum Prinz-Regenten
nach Baden-Baden gereist war und zugleich auch den badischen
Herrschaften seine Bitte gemacht hatte, ist bereits heute Morgen
von dort nach Potsdam zurückgekehrt und erschien mit anderen ho-
hen Herrschaften an der Tafel, die beim Prinzen Friedrich Wilhelm
im Neuen Palais stattfand. Zu derselben hatten auch die Minister
v. Schleinitz und v. Moos, der Gesandte Graf v. d. Goltz und
einige höhere Militärs-Einladungen erhalten. — Der Geheim-
Regierungs- und Baurath Weißhaupt befindet sich in Sorau, um
festzustellen, durch wessen Schuld am 30. Juni auf dieser Station
der Zusammenstoß des Personenzuges mit dem Güterzuge erfolgt
ist. — Der Kongreß von Mitgliedern sämtlicher Thiersch-
vereine, welcher am 31. d. in Dresden beginnt, wird sehr stark be-
sucht sein, da namentlich die deutschen Vereine sich zahlreich dabei
vertreten lassen. Der Dresdener Verein macht bekannt, daß Hr.
Amalie Wihl. Unger dem Verein mit dem Hause Augustusstr. 4
ein Geschenk gemacht habe. Laut Urkunde tritt der Verein bei ih-
rem Tode in den Besitz des Hauses, das 9 Fenster Front und 5
Etagen Höhe hat.

* — [Preußen's politische Aufgabe.] Unter dem Titel „Preu-
sches Programm“ veröffentlicht der „Preuß. Landbote“ eine Reihe von interes-
santen Artikeln. Wir entnehmen denselben folgende Stellen: Verschiedene Rich-
tungen treten an unsere Regierung heran, mit dem Verlangen, die preussische
Politik in der deutschen Sache zu bestimmen. Deren eine, der sogenannte „Re-
gierungs-“, kultiviert von dem vorgeschrittenen Theil der alten Gothaer Par-
tei und einem Aggregat alt-demokratischer Elemente, will, daß Preußen, ge-
stützt auf den Titel der vom Frankfurter Parlament angebotenen Kaiserkrone,
dem Bundestage den Garau mache, die Reichsverfassung als zu Recht bestehend

ansehen, und mit der Einberufung eines deutschen Parlaments die damals abge-
lebte Krone sich aufheben. — Eine zweite Richtung, deren Blick vor Allem
äußeren Gefahren sich zuwenden, verlangt um jeden Preis einen Krieg mit
Frankreich. In diesem Kriege, dessen Initiative Preußen zu ergreifen habe,
soll es hauptsächlich sich der deutschen Diktatur bemächtigen und nach siegrei-
cher Beendigung dieses Krieges eine Hegemonie auf unionistischen Grundlagen
konstituieren. — Von dritter, partikulärisch-preussischer Seite wünscht man Ver-
größerung auf Kosten Deutschlands. Man will dort von Deutschland und dem
Nationalitätsprinzip nichts wissen, sondern durch eine Allianz mit Frankreich
und Rußland, allenfalls auch gegen Abtretung des linken Rheinufers, die Ver-
größerung von Norddeutschland. — Endlich eine vierte, die absolut-reaktionäre
Richtung, fordert, daß Preußen mit vollen Segeln den Bundestagsmaximen
von ebedem zusehere, die freihändlerischen Regungen im eigenen Lande niederhalte
und in den andern Staaten unterdrücken helfe. Dadurch werde es sich die dy-
namische Dankbarkeit und folgeweise legitimen Einfluß auf die deutschen Ver-
hältnisse erwerben. In Preußen schwach vertreten, hat diese Richtung ihre
Wegle in gewissen mittelständischen Ministerien (wir bitten wohl zu merken,
daß wir Ministerien und nicht Parteien sagen), denen es gewaltig in die Glieder
gefahren ist, als von dem preussischen Königsthron herab das Banner „Recht
und Freiheit“ entfaltet wurde. Die preussische Regierung kann keinen von diesen
Wegen gehen. Die preussische Regierung muß preussisch-national sein, d. h.
das realisieren, was Recht und Volk wollen. Die preussische Regierung hält
sich nicht für berufen, die ihr anvertraute Macht zu Experimenten zu verbräu-
chen, in denen diese Experimente auf der Revolution im Innern Deutschlands
oder auf dem Kriege mit dem Auslande beruhen. Die preussische Regierung
achtet das Recht des Staatsbürgers auf Erhaltung des Landfriedens viel zu
hoch, als daß sie sein Gut und Blut für andere Zwecke fordern könnte, als für
die Verteidigung seines Herdes. Die preussische Regierung steht aber den Herd
jedes Preußen, nicht nur zwischen den schwarz-weißen Grenzgebirgen, sondern
überall auf deutscher Bundeserde. So wenig sie es daher erachten möchte,
Theile von Deutschland zu verkaufen, so wenig kann sie Preußens Größe auf
den Verfall seiner Bundespflicht bauen wollen. Und wenn ihr Einzelne zuru-
cken: Preußen muß größer werden oder wird erdrückt von den mächtigen Nach-
barn, untergehen, so antwortet sie: Preußen wird täglich größer, nicht an
Länge, sondern an innerer Kraft, an intensiver Gestaltung. — Am allerweni-
gsten endlich kann Preußen den Weg der Reaktion zum deutschen Polizey-
Bunde betreten. Denn das wäre das schlimmste Verbrechen, das wie der Ein-
zelne, so der Staat zu begehen vermag, ein Verrath an uns selbst, ein Verrath
ohne Erfolg; denn wie daubar die partikuläristische Reaktion ist, das hat das
Ministerium Mantuffel erfahren, davon weiß Herr v. Bismarck zu erzählen.
Die preussische Regierung geht einen andern, den graden und nächstliegenden
Weg. Davon später einmal.

— [Die militärischen Handwerker-Abtheilungen.]
Bei der stattgehabten Erweiterung der Armee und theilweisen Or-
ganisationsänderung derselben sind nunmehr, was bisher immer
nur im Fall einer Mobilmachung einzutreten pflegte, sämtlichen
stehenden preussischen Truppentheilen, mit einziger Ausnahme der
schon bestandenen 5 alten Garde- und Grenadier-Regimenter, auch
für den Frieden eigene ständige Handwerker-Abtheilungen zuge-
theilt worden und ist dadurch der Armee ein a. ch. im Zahlenansatz
beträchtliches neues Element zugewachsen, indem nämlich etatsmä-
ßig bei jedem der neuen Garde-, bei den alten wie neuen Einien-
den Reserve-, bei dem Garde-Jäger- und Garde-Schützen- nebst
sämtlichen Jäger- wie nicht minder auch bei den Pionier-Batail-
lonen, nebstdem aber noch bei sämtlichen Kavallerie-Regimentern
der Garde wie der Linie je 20, bei den Artillerie-Regimentern je
80 und den Train-Bataillonen je 12 Handwerker eingetheilt sind
befinden, was zusammen bei 238 Infanterie- und Jäger-, 9 Pio-
nier- und 9 Train-Bataillonen, nebst noch 48 Kavallerie- und 9
Artillerie-Regimentern 6648 Mann beträgt. Der Zweck dieser
neuen Maßregel ist, durch die Einrichtung ständiger Handwerks-
stätten bei sämtlichen preussischen Truppentheilen einerseits den
möglichst gleichmäßigen Modus in der Bekleidung und Ausrüstung
der Regimente zu erzielen, andererseits aber für alle Fälle die
nötigen Equipirungs-Vorräthe stets gleich bei der Hand zu haben
und weitläufige Prozeduren zu vermeiden, welche die Beschaffung
der hierzu nötigen Arbeitskräfte in bewegten Zeiten gerade in dop-
pelt störender Weise verursacht und worüber man erst neuerdings
bei der letzten Mobilmachung schlimme Erfahrungen gemacht haben
will. Bekanntlich sollen auch die einzelnen Handwerker-Abtheilun-
gen späterhin bei jedem Regiment unter Aufsicht eines eigenen De-
tachment-Offiziers zu ständigen Regiments-Handwerksstätten ver-
einigt werden, was für die Artillerie-Regimenter bereits auch statt-
gehabt hat, bei den andern Waffengattungen aber erst mit dem
1. Oktober 1861 erfolgen wird. Dagegen fallen die bisher bei den
Kavallerie-Regimentern über den Etat vorhandenen 23 Offizier-
burken mit einziger Ausnahme des Regiments Garde du Corps,
ebensofalls bis zum 1. Oktober f. S. aus und sollen so lange durch
Mannschaften des eigentlichen Dienststandes ersetzt werden.

— [Marine.] Sr. Majestät Dampfkorvette „Danzig“
ist als Schiffsjungen-Schiff in Dienst gestellt worden und wird
vorläufig auf der Rhede von Danzig zu Anker gehen. Sr. Maj.
Dampfschiff „Grille“ ist nach Swinemünde gegangen.

— [Die Stellung der Juden.] Die „B.Z.“ schreibt:
Der von uns gegebenen Nachricht, daß in einer Konferenz der hie-
sigen Gerichtsstände beschlossen worden ist, jüdische Gerichts-
Assessoren als richterliche Mitglieder der Schwurgerichte nicht zuzu-
lassen, ist in einigen Zeitungen widersprochen worden. Wir könn-
en, auf die genaueste Kenntniß der betreffenden Verhandlungen
gestützt, versichern, daß in einer zu Anfang des vorigen Monats
abgehaltenen Konferenz, an welcher der Kammergerichts-Präsident
v. Strampff, der Stadtgerichtspräsident Holzappel und der Kreis-
gerichts-Direktor Odebrecht Theil genommen haben, jener Beschluß
gefaßt und später Gerichtsassessoren jüdischen Glaubens, die den
betreffenden Gerichten zur Beschäftigung überwiesen waren, eröf-
net worden ist. Als Motiv des Beschlusses wurde angegeben, daß
der Gerichtshof die Zeugen vereidige; die Mitwirkung jüdischer
Richter mithin gegen den vom Justizminister aufgestellten Grund-
satz über die Unstatthaftigkeit der Eidesabnahmen Seitens jüdischer
Richter verstoßen würde. Der Umstand, daß Referendarien und
Auskultatoren jüdischen Glaubens als Gerichtsschreiber fungiren,
die Gerichtsschreiber aber gleichfalls integrierende Bestandtheile des
Gerichtshofes bilden, scheint übersehen zu sein.

— [Obertribunalsentscheidungen.] Das Obertri-
bunal hat in einem Erkenntniß vom 12. v. M. gegen die Ansicht
der Appellationsgerichte angenommen, daß die Nichtigkeitsbeschwerde
in Strafsachen auch dann zulässig sei, wenn der Tenor des ange-
griffenen Urtheils zwar die beschwerende Entscheidung nicht mit-
auspricht, diese aber, als im Erkenntniß mit enthalten, aus den
Entscheidungsgründen mit Nothwendigkeit zu folgern ist. In einem
andern Erkenntniß vom 26. v. M. äußert sich das Obertribu-
nal darüber, wie der Diebstahl zu bestrafen sei, wenn mit der Ent-
wendung zugleich eine Beschädigung öffentlicher gemeinnützi-
ger Anstalten, z. B. Wasserleitungen, Brücken, Schleusen u. ver-
bunden ist. Beide Urtheile sind im Justiz-Ministerialblatt abgedruckt.

— [Justizministerial-Verfügung.] Das Justizmi-
nisterialblatt enthält eine allgemeine Verfügung des Justizmini-
sters vom 30. v. M., wodurch die Gerichte in den Fällen, wenn
Gerichtsboten oder Exekutoren, welche als versorgungsberechtigt aus
dem Militär übernommen und angestellt worden sind, mit Hinter-
lassung unminoriger Kinder verstorben, angewiesen werden, dem
Direktorium des Potsdamer Militär-Waisenhauses schleunige
Anzeige davon zu machen, und unter Befügung der erforderlichen
Tauf- und Todtenheine und der Militäratteste darauf anzutragen,
daß den Kindern bis zu ihrem vollendeten 14. Lebensjahre entwe-
der Pflegegelder bewilligt, oder daß sie in eines der Militär-Wai-
senhäuser zur Pflege und Erziehung aufgenommen werden.

Aachen, 9. Juli. [Eine Anfrage.] Das hier erscheinende
„Echo der Gegenwart“ enthält folgende Anfrage an die Herren
Rechtsgelehrten: Wie man vernimmt, soll jetzt der verstorbene
Erzherzog von Westfalen, Hieronymus, ein bedeutendes Mobiliar-
und Immobilienvermögen hinterlassen haben. Sollte man nicht ge-
gen denselben die Ansprüche aus der westfälischen Zwangsantleihe,
Obligationen Litt. A., liquidiren können?

Glogau, 9. Juli. [Militärschlagererei.] Gestern Abend
entstand in den Dörfern Noswig und Barkau eine große Schlägerei
zwischen Soldaten verschiedener Truppentheile. Schon vor acht
Tagen waren Reibungen zwischen Neuzehnern und Pionieren aus-
gebrochen, die sich gestern bei einem Tanzvergnügen in Noswig er-
neuten. Dort ging es noch ziemlich glimpflich zu, desto heftiger aber
entbrannte bald darauf der Streit in einem Tanzlokal in Barkau,
wo auch mehrere Verwundungen vorkamen und das Haus arg de-
molirt wurde. Eine Anzahl Soldaten bewaffneten sich mit Latten,
andere ergriffen das Seitengewehr und leider wurden auch mehrere
am Streit ganz unbetheiligte Soldaten auf der zur Stadt führen-
den Chaussee von den erbitterten Kämpfern arg insultirt. Eine Mi-
litärpatrouille, welche unter Führung eines Offiziers nach jenen
Dörfern abgesendet wurde, sobald die Kunde von den Erzeissen nach
der Stadt kam, fand die Streitenden bereits zerstreut. Einem
Trupp der Letzteren trat der Polizeieinspektor Gante mit großer
Energie und mit Erfolg entgegen, als sie auf der Chaussee einen unbe-
thetigten Soldaten insultirten. Uebrigens ließ der Kommandant
die Thore der Festung schließen, um die zurückkehrenden Soldaten
verhaften zu können. Die Untersuchung ist im Gange. (Schl. 3.)

Nieder-Isar (bei Loslau), 10. Juli. [Ein neues
Bad.] Das königl. Bergamt hat hier am Orte eine Tiefboh-
rung auf Salz ausgeführt. Die erbohrte Soole ist aber nur so
schwach salzhaltig, daß eine Versiedung nicht lohnen würde. Da-
gegen ist nach wiederholten chemischen Analysen die Quelle so stark
jod- und bromhaltig, wie keine sonst in Deutschland. Es hat daher der
Reg. Präs. v. Biehl in diesen Tagen die Vertheilung befohlen, weil
die Behörde beabsichtigt, ein Bad hier anzulegen. Die Gegend und die
Lage der Quelle haben dem Präsidenten so gefallen, daß die Anfertigung
eines Bauplanes für das Badegebäude bereits angeordnet ist.
Bei der Rolle, welche jodhaltige Quellen in der heutigen Medizin
spielen, würde das Bad gewiß bald in Aufnahme kommen.

Raumburg a. d. S., 10. Juli. [Deutsche Lehrerver-
sammlung.] Bekanntlich war von dem Minister Raumer den
preussischen Volksschullehrern der Besuch der allgemeinen deutschen
Lehrerversammlungen streng untersagt. Daß der jetzige Kultusmi-
nister, Herr v. Bethmann-Hollweg, dies Verbot seines Vorgän-
gers wieder aufgehoben, wie von mehreren Berliner Blättern unlän-
gigt berichtet wurde, hat sich nicht bestätigt, doch scheint er dasselbe
modifiziren zu wollen. In einem dieser Tage an einen hiesigen
Lehrer ergangenen Restripte heißt es: „Auf die Eingabe vom 21.
Mai c. eröffne ich Ihnen, daß, wenn Sie künftig an der sogenann-
ten allgemeinen deutschen Lehrerversammlung Theil nehmen wollen,
Sie sich mit dem Gesuch um die Erlaubnis hierzu an die königliche
Regierung zu Merseburg zu wenden haben.“ Es bleibt denn doch
die Frage, ob die Maßregel des Herrn v. Raumer nicht vorzuziehen
war; jetzt scheint es sich darum zu handeln, ob die vorgelegte Be-
hörde den sich Meldenden ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum
zukommen lassen will. (N. 3.)

Oestreich. Wien, 9. Juli. [Zum Unterrichtswes-
sen.] Die Unterrichtsreform hat im Bereich der technischen und
gewerblichen Schulen in Oestreich bereits anerkennenswerthe Er-
folge erzielt. So ist die Zahl der selbstständigen (mit einer Volks-
schule nicht verbundenen) Realschulen, die ihr Entstehen ganz und
gar der Neuzeit danken, auf 54 und, nach Abrechnung der 7 auf
das abgetretene Gebiet der Lombardei fallenden, auf 47 gestiegen.
Diese Realschulen, aus Ober- und Unter-Realschulen bestehend, sind
sechsklassig eingerichtet. Nicht selbstständige Realschulen giebt es
außerdem weit über 100. Gegenwärtig soll nun auch die Reform
der höheren technischen Schulen in Angriff genommen werden. Von
früher her bestanden solche in Wien, Prag, Graz (das Johanneum),
Lemberg und Krakau; neue wurden in Brünn und Ofen gegründet.

Bedarfs einer ausgedehnten Reorganisation derselben sind Kommissionsverhandlungen im Zuge. (N. P. 3.)

— [Das Militärbudget.] In Bezug auf die Budgetposition Betreffs der herzoglich modenesischen Armee enthalten die der Vorlage beigefügten Erläuterungen nichts, was diese anomale Forderung an die Staatsfinanzen zu rechtfertigen geeignet wäre. Das gerechte Aufsehen, das diese Angelegenheit in allen Kreisen hervorgerufen hat, dürfte nicht ohne Folgen bleiben. Selbst höchstgestellte Militärs halten ihre Verwunderung über eine derartige Verwendung der Steuererträge des Landes nicht zurück, und wie versichert wird, hat auch einer der Erzherzöge sein Erstaunen über diesen Punkt ausgesprochen. Es handelt sich, wie ich vernehme, jetzt darum, eine rechtfertigende Denkschrift über diese Position des Armeestats auszuarbeiten; Herr v. Plener aber, in dessen Ressort dies gehören würde, soll die Rechtfertigung abgelehnt und erklärt haben, es sei dies die Aufgabe des Grafen Rechberg. (W. 3.)

Wien, 11. Juli. [Die Staatsschuld.] Die heutige „Amtszeitung“ bringt den Vortrag der Staatsschulden-Kommission vom 4. Juni über den Stand der gesammten Staatsschulden bis zum 1. Januar 1860 und das Gutachten des Finanzministers über den Kommissionsbericht, in welchem sich derselbe gegen eine zwangsweise Konvertirung der Staatsschuld ausspricht. Der Kommissionsbericht und das Gutachten des Ministers sind durch kaiserliches Handschreiben vom 10. d. dem Reichsrathe übergeben worden. Laut Kommissionsbericht war der Gesamtschuldenbestand Anfangs 1860 2268 Millionen Gulden österreichischer Währung, für welche jährlich 99 1/2 Millionen Gulden an Zinsen erforderlich waren. Die Kommission beantragt allmähliche Umwandlung aller nicht verloszbaren auf Konventionsmünze lautenden Schuldverschreibungen in fünfprozentige Obligationen österreichischer Währung und Aufrechterhaltung des Grundsatzes, daß die Staatsgläubiger weder am Zinsengenuß, noch an Kapital verlegt werden. Ferner: Es möge derzeit zur Vermeidung neuer Schuldenkontrahierungen die Tilgung der Staatsschuld nur auf jene, im kaiserlichen Patente vom 23. Dezember 1859 bezeichneten Staatsschuld-Verschreibungen beschränkt bleiben, welche vermöge der in den bezüglichen Anlebensbestimmungen enthaltenen Zusicherung, entweder durch Verlosung oder durch börsenmäßige Einlösung getilgt werden müssen. Mit einer weiteren Tilgung der in österreichischer Währung ausgestellten Obligationen solle aber innegehalten werden, bis Ueberschüsse aus den Staatseinnahmen genügende Mittel zur theilweisen Tilgung bieten. (Tel.)

Sächf. Herzogth. Weimar, 9. Juli. [Grundsteinlegung.] Gestern Vormittag fand unter Anwesenheit des Großherzogs auf dem hiesigen Friedhofe die feierliche Grundsteinlegung zu der griechischen Kapelle statt, welche nach einer testamentarischen Verfügung der verewigten Großherzogin-Großfürstin an die daselbst befindliche Fürstengruft unmittelbar angebaut wird; Staatsminister v. Wagdorf hielt dabei eine Rede, dann folgte eine griechische Todtenmesse. Der Großherzog that den ersten Hammer Schlag auf den Grundstein. (L. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 9. Juli. [Der Systemwechsel in Neapel.] Ich will über den Eindruck nicht rechten, den die plötzlich erwachten konstitutionellen Neigungen des Königs von Neapel hervorrufen müssen. Es kann allerdings nicht ohne Mißtrauen aufgenommen werden, wenn ein Monarch, der in despotischen Gewohnheiten aufgewachsen, als der Erbe der Despotie ganz im Sinne der erbten Praxis regiert hat, plötzlich von Angst und Schrecken erfahrt, in das Gegentheil umschlägt und die Flagge der Freiheit aufzieht. Man mag aus dieser urplötzlichen Wandelung beliebige Schlüsse auf den Charakter eines solchen Monarchen ziehen, man wird ihm, wie hart das Urtheil auch ausfallen mag, nicht leicht zu viel thun. Allein bei dem Allem bleibt es unbegreiflich, wenn die hiesige Presse bei der Nachricht von der Umwandlung der despotischen Regierungsform in die konstitutionelle sich so entrüstet begehrt, wie sie im umgekehrten Falle sich zu zu begehren das Recht hätte. Am lautesten und eifrigsten im Verdammten sind die Journale, die für Palmerstons Organe gelten. Fast möchte man vermuthen, dem alten Lord sei nichts unwillkommener, als die Befreiung des jungen Tyrannen der beiden Sicilien, die durch eine rasche, wenigstens in ihrem Erfolge noch nicht gesicherte Volte den offenen und versteckten Bemühungen, die sicilische Revolution auf das Festland des Königreichs hinüberzuleiten, die Spitze abzubringen droht. Dennoch, man urtheile über die Gesinnungen und den persönlichen Charakter des konstitutionell gewordenen Bourboniden, wie man Lust und Belieben hat, ist aller Grund vorhanden, den Wechsel der Regierungsform in Neapel mit Genugthuung zu begrüßen, aus Rücksicht auf das Prinzip ebensoviel als aus Rücksicht auf die aktuelle Gestaltung der kontinentalen Verhältnisse. Das Prinzip freier Regierungseinrichtungen kann niemals eine aeredtere und beweiskräftigere Anerkennung erhalten, als wenn ein Despot sich in dem Augenblick anbequemt, wo er seine Existenz bedroht sieht. Mit dieser Accommodation an ein lange verfehltes und verfolgtes System spricht er aus, daß mit den Interessen der Völker zugleich die Rettung der Throne gewährleistet wird. In Rücksicht auf die konkrete Lage wird durch den Anschluß Neapels an das konstitutionelle System, immer vorausgesetzt, daß der beabsichtigte Zweck erreicht wird, einer Reihe von Verwickelungen vorgebeugt, die der Sturz der Bourbonen unausweichlich zur Folge haben müßte. (W. 3.)

Frankreich.

Paris, 9. Juli. [Prinz Napoleon.] Unter der Ueberschrift: „le Prince Napoléon“, veröffentlicht die „Opinion Nationale“ (wie schon gemeldet) so eben einen Artikel, der nicht verfehlen kann, das größte Aufsehen zu erregen. Derselbe am stärksten demokratisch gefärbte aller französischen Organe hat bekanntlich von jeher in dem Rufe gestanden, Inspirationen aus dem Palais royal zu erhalten, und noch vor Kurzem hatte ich Gelegenheit, auf den eigenthümlichen Zug aufmerksam zu machen, daß die „Opinion Nationale“ die Thatsache ihrer Gründung dem verstorbenen Prinzen Jerome als Verdienstmedaille auf den Sarg legte. Eist man nun gar diesen Artikel, so wird augenscheinlich, daß mit dem Schatten des Greises auch der letzte Schatten von Zweideutigkeit über das hier angestrebte Verhältniß verschwunden ist. Von der Voraussetzung ausgehend, daß in jüngster Zeit stark von dem Wiedereintritte des Prinzen Napoleon in den ausübenden Regierungskreis

die Rede war, bespricht die „Opinion“ Wahrscheinlichkeit und Werth dieser wichtigen Acquisition. „Jene Gerüchte“, sagt Herr Guérout, haben ihre Quelle in dem richtigen Instincte der politischen Situation. Der Wiedereintritt des Prinzen könnte leicht das geeignetste und natürlichste Lösungsmittel einiger Probleme sein, die den Horizont noch verdunkeln.“ Dies wäre denn schon ziemlich klar und giebt um so mehr Stoff zum Nachdenken, als, wie hier verlautet, General Klapka vor Kurzem bei Sr. kaiserlichen Hoheit zu Mittag gespeist hat. Auch wissen wir ferner, daß der Prinz, ein leidenschaftlicher Freund der Freiheit, wie die „Opinion“ ihn nennt, sich seit einiger Zeit besonders lebhaft mit den polnischen Angelegenheiten beschäftigt. „Es sind“, sagt Herr Guérout weiter, „alle Bedingungen vorhanden, daß der Prinz am Throne jenes besiegte Element der politischen Freiheit vertrete, dessen Abwesenheit wir bedauern, und daß, nach einem oft wiederholten Versprechen, den Gipfel des kaiserlichen Gebäudes verschönern und krönen soll.“ Als radikales Organ geht die „Opinion“ den Dingen auf den Grund. „Woher kommt es“, fragt sie, „daß der Prinz bei so viel hohen Eigenschaften die Geschäfte nur berührt hat, ohne sich von ihnen fesseln zu lassen?“ Die Antwort lautet: „Es war die etwas rauhe Unabhängigkeit seines Charakters, der unruhige Eifer, der nach dem Zwecke eilt, es waren die Vorzüge und die Fehler einer ausdauernden Jugend. Erst mit dem Tode des Vaters scheint die Jugend des Prinzen aufgehört zu haben; erst wenn man einen so unerfährlichen Freund verloren hat, erscheint das Leben ernster.“ Und nun bitte ich, noch wörtlicher als bisher überlegen zu dürfen: „Der Prinz Napoleon hat eine edle Aufgabe vor sich; sein Herz wird nicht hinter ihr zurückbleiben. Dem Kaiser die Verleihung eines entschlossenen und mit schneidender Intelligenz begabten Charakters zu sichern; bei ihm der Dolmetscher des liberalen Frankreichs werden; ihm jene anspruchsvollen und etwas wilden Geister anschließen, die keine politische Größe für die Abwesenheit der Freiheit entschädigen kann; unter ihm Geduld, die große Kunst lernen, die Ereignisse von ferne vorzubereiten und der Zeit die Sorge um ihre Reife zu lassen; dem Lande nach und nach Zutrauen einflößen, es über sich selbst, über die möglichen Fälle seines Geschicks beruhigen: welch' eine wünschenswerthe und ruhmreiche Rolle! Der Prinz wird die Pflichten, welche die Vorsehung ihm auferlegt hat, nicht im Stiche lassen und die Hoffnungen, welche das demokratische Frankreich auf sein Haupt gelegt hat, nicht Lügen strafen.“ — Es ist noch die große Frage, wie die offizielle französische Welt diesen Artikel aufnehmen wird. (Der „Moniteur“ hat bereits eine allerdings etwas zahme Abweilung gegeben; siehe gestr. Btg. D. Red.) Er dürfte ihr kaum angenehm sein, denn sie kann unmöglich so viel beschwichtigen, wie ein einziger solcher Artikel des Herrn Guérout in Aufregung bringt. Für die Unverletzlichkeit dieses Leiters der Ultra's möchte ich um so weniger eine Garantie übernehmen, als sein Organ bereits von zwei Todt nlarven, unter dem Namen von „Verwarnungen“, angegriffen wird und die Annahme einer Uebereinstimmung mit den offiziellen Kreisen kaum möglich ist, da die Drohung in Betreff der „Lösung gewisser Probleme“ gar deutlich hervortritt. Rußlands Spaltung den demokratischen Ausrichtungen der französischen Politik gegenüber habe ich bereits anzudeuten versucht, und auch über die Stimmungen anderer Kabinete kann man hier nicht in Zweifel sein. Wir wollen daher, besonders im Honigmonat einer großen friedlichen Manifestation, von Herzen gern zwischen der rechten und linken Seite unterscheiden und, selbst im Falle der Prinz wieder Mitglied der ausübenden Gewalt wird, zwischen ihm und seinen Berathern von der „Opinion Nationale“ und eben so viel Stufen denken, wie zwischen Sr. kaiserlichen Hoheit und der Hoheit des Kaisers. (W. 3.)

— [Kaiserliche Reiseprojekte.] Man spricht jetzt wieder viel von den Reisen, welche der Kaiser im Laufe des Sommers noch vorhaben soll. Zuerst, heißt es, werde Sr. Majestät in das Lager von Chalons sich begeben, dann zu den Festlichkeiten des 15. August wieder nach der Hauptstadt kommen, aber schon am folgenden Tage, den 16., in Begleitung der Kaiserin eine größere Reise antreten, deren Dauer auf drei Wochen bestimmt sei, und als deren erstes Ziel die neu erworbenen Landestheile, Savoyen und Nizza, als das zweite aber Algerien bezeichnet wird. Aus der Rückkehr aus dieser Kolonie würden der Kaiser und die Kaiserin vier Tage in Marseille verweilen und dann über Toulouse und Montpellier nach Biarritz geben. Diese Reiseprojekte geben dem Tagesgespräch neuen Stoff, nachdem es in der letzten Zeit fast ausschließlich den italienischen Ereignissen und seit einigen Tagen auch den Jethden und Wegeleiten zwischen den Gebirgsvölkern des Libanon sich zugewendet hatte.

— [Agents provocateurs; Garibaldi; kleine Notizen.] Ueber die Ursachen der Uneinigkeit, die gegenwärtig zwischen dem englischen und dem französischen Kabinet bestehen, gehen noch folgende Mittheilungen umher. Die englische Regierung klagt das Pariser Kabinet an, Agenten in Belgien, in der Schweiz, besonders in Genf und in Deutschland in der Absicht von Gebietsumwandlungen zu unterhalten. In den letzten Konseils des englischen Kabinet's sind den Ministern alle Mittheilungen der Konjunktur, und besonders der Konjunktur im Orient, vorgelegt worden. Die Minister sind angeblich von der Uebereinstimmung dieser Mittheilungen betroffen worden, indem dieselben von einer fortwährenden Bearbeitung der christlichen Provinzen des türkischen Reiches sprechen, womit man eine orientalische Frage ersten Ranges zum Ausbruch bringen und die Souveränität des Sultans in Gefahr setzen könnte. Man versichert, daß in Folge dieser Mittheilungen erste Worte gesprochen worden wären, und daß die Rede gewesen, die englische Flotte in der Art in Bereitschaft zu halten, daß sie vor der Ankunft jedes andern Geschwaders in die Dardanellen einlaufen könnte. Ueber die neapolitanische Frage ist das Zerwürfniß offen. Herr Elliot hält sich bei Seite und hat seit der Mission des Herrn de Martino kaum einige Mittheilungen mit Herrn Brenier gehabt. Diese Uneinigheiten könnten vielleicht den Ereignissen in China eine ganz andere Wendung geben als die, welche man im Augenblick der Abreise der französischen Streitkräfte voraussetzte. Die Depeschen des Generals de Montauban lassen voraussehen, daß ein Feldzug sehr lang und sehr beschwerlich sein und vielleicht länger als ein Jahr dauern würde. Man würde, wie es scheint, in den Konseils der französischen Regierung nicht abgeneigt sein, alle Mittel der Transaktion, wenn sich deren darbieten, zu ergreifen, um für die europäischen Eventualitäten bereit zu sein. — Was die Expedition Garibaldi's betrifft, obwohl sie in Folge

der in Turin ausgeübten diplomatischen Pression auf Hindernisse aller Art stößt, so fährt sie nach hier angekommenen Nachrichten fort, ihre Kräfte zu konzentriren und mächtige Angriffsmittel vorzubereiten. Die Abreise von Genua nach Sicilien hören nicht auf; die Schiffe des Obersten Cosens haben ihr Personal in Sicilien gelandet, und 8000 eingeschriebene Freiwillige halten sich zu neuen Abreisen bereit. Die Ankäufe von Waffen und Munitionen für Rechnung Garibaldi's verdoppeln sich; ein Marceller Haus hat eine Bestellung von 6000 Gewehren, 10,000 Revolvern, 5000 Karabinen und drei Fahrzeugen gemacht. — Die Einbalsamirung des Körpers des Prinzen Jerome muß nicht richtig angestellt worden sein, denn man hat in der Kapelle der Invaliden eine zweite Einbalsamirung vorgenommen. — Mlle. Belpeau, die Tochter des berühmten Wundarztes, heirathet einen Kammerherrn des Kaisers und Deputirten der Bretagne, dem sie eine Mitgift von einer Million und eine Ausstattung von 50,000 Fres. mitbringt. — Der „Moniteur“ vom 7. d. enthält einen Artikel über „das reizende Baden-Baden“, welches der Dampf zur Vorstadt von Paris (!) gemacht hat“. Der Verfasser, G. Claudin sagt, Deutschland sei das Land der Verwickeltheit; Alles sei da verwickelt, namentlich das Münzsystem, die Schrift, die Thürschlösser und die Häusernummerirung in den Straßen. Ohne Schiefertafel könne kein Deutscher sich ein 20-Francstück in Guldenmünze berechnen. (!) Auch das sei merkwürdig, daß man in Deutschland nicht auf Laten sondern auf Servietten schlafe, welche die Matratzen kaum bedecken, und man andererseits im Speisesaal Laten statt Servietten auf den Tellern finde. Die deutsche Sprache kommt dem Herrn Claudin fürchterlich vor; er schreibt darüber: „Die Deutschen scheinen alle das Alphabet verschluckt und davon eine Indigestion bekommen zu haben. Sie geben nur Konsonanten von sich, die Vokale behalten sie für sich!“

— [Die französische Industrie und das Ausland.] Die von der Regierung herausgegebenen Annalen des auswärtigen Handels machen die französischen Kaufleute auf allerhand Uebelstände aufmerksam, welche der Ausdehnung ihres Verkehrs mit dem Auslande Schranken entgegenstellen. Die genannte Zeitschrift tadelt es, daß die französischen Kaufleute die Kenntniß der Sitten und Gebräuche des Auslandes zu sehr vernachlässigen, sich nur durch Agenten oder gar durch Kommiss vertreten lassen, welche nicht einmal die Sprache des Landes kennen, statt selbst fremde Länder zu bereisen; ferner, daß sie nur nach französischem Geschmack fabriquirten und daher auf Bestellungen warten müssen. In dieser Beziehung werden Pendeluhren und Spiegel zitiert, welche in Deutschland gewiß sehr leicht Eingang finden würden, wenn man sie nur dem dortigen Bedürfnisse und Geschmack entsprechend fabrizierte. „Wenn unsere Industriellen“, heißt es weiter in den Jahrbüchern, „das Ausland besser studierten, so würden sie weniger Enttäuschungen antreffen, Initiative erlangen und ihre Absatzmärkte würden sich ausdehnen. Sie würden wissen, daß jenseits eines gewissen Radius der Einfluß des französischen Geschmacks immer mehr abnimmt und in weiterer Entfernung null ist... für die sog. Pariser Artikel verdränge Berlin und München uns von den deutschen Märkten, indem sie ihre Modelle nach dem Geschmack des Landes einrichten. Meistens aber kommen diese Waaren angeblich aus Paris, über welchen Betrug wir uns nicht zu beklagen haben; denn der Ruf unserer Fabriken dringt so immer weiter hin und der Geschmack des Auslandes nähert sich immer mehr dem unsrigen. Sobald die Initiative unseres Handelsstandes, die Raschheit und Billigkeit des Verkehrs es erlauben, werden unsere Pariser Artikel eine Rundschiff vorfinden, die schon ganz für ihre Superiorität vorbereitet ist. Es wäre auch gut, wenn die Handelskammern bisweilen Zeichner ins Ausland schickten, um Muster anzufertigen; noch besser wäre es, wenn unsere Kaufleute sich daran gewöhnten, ihre Söhne in auswärtigen Häusern zu placiren, damit sie fremde Länder kennen lernen.“

— [Die Lage in Neapel; Haltung des französischen Klerus.] Alle diejenigen, welche mit der Lage der Dinge in Neapel vertraut sind, bedauern die Männer, welche sich in diesem Augenblicke der Leitung der Geschäfte unterzogen haben. Das neue Ministerium ist durchaus aus liberalen und ehrlichen Leuten zusammengesetzt, die unter gewöhnlichen Verhältnissen ihrer Aufgabe genügen möchten. Entschieden unfähig sind sie aber, das tief eingewurzelte Mißtrauen der Neapolitaner gegen die bourbonische Dynastie in Vertrauen zu verwandeln. Das Volk zweifelt keinen Augenblick, daß es den Herren Spinelli und Martino Ernst sei mit den von ihnen gegengezeichneten Reformdekreten und selbst mit der piemontesischen Allianz. Dagegen läßt sich das Publikum nicht überzeugen, daß hinter dem Rücken der liberalen Minister und außerhalb der offiziellen Diplomatie nicht eine aparte auswärtige Politik mit Wien und Rom eingefädelt und ausgesponnen werde, die im gegebenen Augenblick die maßgebende wird. Die liberalen Minister müssen dann abtreten und die Lazzaroni thun den Rest. Alle intelligenten Leute in Neapel zittern bei dem Gedanken, daß Graf Cavour auf das Bündniß eingehen könnte. Die Nachrichten aus Turin lassen freilich diese Frucht als unbegründet erscheinen. Das französische Kabinet giebt nach beiden Seiten Rathschläge, scheint aber keinerlei Verantwortlichkeit auf sich nehmen zu wollen. — Seit der Aufhebung des Verbots der Veröffentlichung der bischöflichen Hirtenbriefe, bringen die klerikalen Blätter deren eine große Menge. Die Bischöfe sollen von Rom Befehl erhalten haben, die Gläubigen auf die neue römische Anteiße vorzubereiten. Man bemerkt in den meisten dieser Hirtenbriefe einen Passus, in welchem die Prälaten andeuten, daß sie in dem politischen Streite, der sich zwischen Kaiser und Papst erhoben hatte, nicht berufen gewesen seien, ihre persönliche Ansicht auszusprechen. Der Kaiser habe dem Papst Rathschläge gegeben, der Papst habe erklärt, dieselben nicht befolgen zu können. Die Pflicht der Bischöfe sei es gewesen, anzunehmen, daß der Papst in seinem Rechte sei und demgemäß seine Encyclica zu verbreiten. Mit solchen Redensarten windet man sich durch. (N. 3.)

— [Die Ereignisse im Libanon.] Man legt hier der syrischen Angelegenheit große Wichtigkeit bei. Die Maroniten im Libanon stehen bekanntlich in einem auf alter Ueberlieferung ruhenden Schutzverhältniß zu Frankreich und namentlich die französischen Missionäre unterhalten stets enge Beziehungen mit ihnen. Es scheint, daß sie von dieser Seite zu dem letzten Angriff auf die Druzen aufgestachelt wurden, der ihnen eine furchtbare Vergeltung eintrug. Kurz die kaiserliche Politik hat einen neuen Punkt gefunden

wo sie ihren Einfluß geltend machen kann, und es handelt sich nur um den Umfang der Intervention. So wird von hier aus die orientalische Frage zuerst wieder angeregt, nachdem man im Einverständnis mit allen anderen Mächten eben erst Rußland bewogen hatte, sie einstweilen noch ruhen zu lassen. Das halböffentliche „Paris“ macht seinem Mitgefühl für die Leiden der armen christlichen Maroniten durch den folgenden offenbar inspirierten Aufruf an die europäischen Mächte Luft: „Die gewaltthätigen Scenen, deren Schauplatz Syrien ist, dürfen nicht länger von Europa geduldet werden. Es muß diesem Morden, Sengen und Plündern, verübt von einem Fanatismus, der unser religiöses Gefühl und unsere Zivilisation zugleich bedroht und verhöhnt, ein Ziel setzen. Wir haben volles Vertrauen in die Absichten der ottomanischen Pforte und sind überzeugt, daß der Sultan mit bitterem Mißbehagen diese schrecklichen Wirren ansieht und sie gerne hemmen möchte, aber wir glauben auch, daß Europa, indem es lediglich seine Würde und sein Interesse zu Rathe zieht, eine solche Lage nicht länger mit ansehen wird. Möge die Regierung der Pforte mit uns gemeinschaftlich an der Unterdrückung und der Verhinderung der Wiederkehr dieser Gewaltthaten arbeiten. Doch geht sie diese Frage nicht allein an: Europa ist dabei tief interessiert, Ehre und Pflicht gebieten ihm, dort einzuschreiten. Wir zweifeln nicht, daß das die Absichten Frankreichs sind. Frankreichs Sache ist es, hier die Initiative zu ergreifen, der ganz Europa mit Eifer zu folgen nicht ermannt wird.“

[Die Ereignisse in Syrien; französischer Einfluß in Neapel.] Der Schmerzensschrei der Christen in Kleinasien ist glücklich in Scene gesetzt. Wenn nicht die besten Combinationen diesmal fehlgehen, so wird das in Marseille ausgerüstete Geschwader die Bestimmung erhalten, zum Schutze der Christen gegen die Drusen nach Kleinasien zu fahren. Alle Journale werden mit Berichten über die Massacre gefüllt, deren Opfer die christlichen Bewohner des Libanon sind. Daß Frankreich zu interveniren entschlossen ist, ist gar keine Frage mehr, die gouvernementalen Blätter enthalten hierüber Andeutungen, die keiner Mißdeutung fähig sind. Dank der Willfährigkeit der Drusen, die sich zu Allem aufstacheln ließen, dessen Frankreich und Rußland bedürftig waren, um die orientalische Frage auf die Tagesordnung zu bringen, wird Europa seine Aufmerksamkeit von Sicilien in nächster Zeit abwenden und sich durch die Ereignisse in Syrien beschäftigen lassen dürfen. — Aus Neapel sind Nachrichten eingetroffen, die den Baron Brenier als den eigentlichen Center der Politik des Königs darstellen. Ein in Neapel lebender Deutscher schreibt: „Der Baron ist von den Wunden, die er erhalten, genesen, aber schon von dem Krankenbette ließ der König täglich seine Rathschläge einholen. Setzt verläßt er kaum die königlichen Gemächer, seinen Vorschlägen verdankt Neapel die Bildung des liberalen Cabinets, dessen noch vorhandene Lücken er gleichfalls auszufüllen bemüht ist. Bei der Bevölkerung der Hauptstadt erfreut er sich der größten Popularität, alle Klassen beeifern sich, ihn die Insulten vergessen zu machen, deren Opfer er fast geworden wäre.“ Aus diesem Allem ergibt sich, daß die neueste Wendung der Dinge in Neapel das Werk der Politik Frankreichs ist. (B.H.)

Belgien.

Brüssel, 9. Juli. [Der Besuch des Königs in Gent; das Diktogeseß.] Der heutige „Moniteur“ bringt ein Verblet, welches die gestrige Rede des Königs in französischer und vlaemischer Sprache enthält. Augenzeugen wissen nicht genug von der enthusiastischen Aufnahme zu erzählen, welche die heute hierher zurückgekehrte königliche Familie in Gent gefunden hat. Am 22. d. wird der König, wie dem dortigen Gemeinderathe auf offiziellem Wege bereits zugesagt worden, der Stadt Namur einen ähnlichen Besuch abstatten. — Das Diktogeseß wird, neueren Erkundigungen zufolge, eine Majorität von 3—4 Stimmen im Senate erlangen. Die Erhöhung der Bieraccise um 4 Fr. (ein Amendement beantragt, dieselbe auf 3 Fr. herabzusetzen) wird gleichfalls durchgehen, da das Cabinet aus deren Annahme eine Existenzfrage macht. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß der Senat das de Brouckere'sche Amendement über den Rübenzucker (Vertagung der Zollrevision auf die nächste Session) genehmigen und in diesem Punkte keinen besonderen Widerstand Seitens der Regierung finden wird. Die Debatte über die Bieraccise ist im Senate heute durch eine Rede des Finanzministers eröffnet worden, der einen konstitutionellen Konflikt dadurch erhob, daß er die Prärogative des Abgeordnetenhauses in allen Steuerfragen wahrte und dem Senate, auf die Verfassung fußend, das Recht bestritt, in Steuer-Angelegenheiten eine Initiative zu ergreifen. Es erfolgte darauf eine ziemlich lebhaftes Debatte, die vorläufig dadurch beendigt ward, daß der Senat auf Antrag des Barons von Tornaco (der den Satz vertheidigte, es handle sich um ein Amendement, also nicht um eine zu ergreifende „Initiative“) beschloß, unter Vorbehalt der konstitutionellen Frage die Diskussion des Verbesserung-Antrages fortzusetzen. (R. Z.)

Schweiz.

Bern, 7. Juli. [Aus dem Bundesrath.] Der Bundesrath hat ein Reglement über die Bildung und Organisation der Landwehr beraten und angenommen. — Der schweizerische Gesandte in Paris ist vom Bundesrathe beauftragt worden, bei der französischen Regierung gegen eine durch französische Gendarmen bei Chaney (Genf) verübte Grenzverletzung Klage zu führen. Diese Grenzverletzung bestand laut dem „Sourn. de Genève“ darin, daß französische Gendarmen auf eine Schmuggelüberlage von Salz Sagd machten und zu dem Zweck ihre Nachforschungen ungenirt auch auf das schweizerische Gebiet ausdehnten. — Die französische Regierung hat sich beim schweizerischen Minister in Paris über die Veröffentlichung der bundesrathlichen Note vom 23. Mai beklagt, in welcher der Bundesrath erklärt, daß er die französischen Vorschläge zurückweise. „Herr v. Thouvenel“, bemerkt der „Bund“, macht folgende Gründe zu seiner Klage geltend: Diese Vorschläge seien nicht der Schweiz selbst gemacht worden, sondern nur konfidentiel an die Großmächte gelangt, und wenn sie auch der Schweiz mitgeteilt worden wären, meint Herr v. Thouvenel, so sei dies kein Grund, sie der Öffentlichkeit zu übergeben. Nun ist aber der Bundesrath auf ganz regelmäßigem Wege in Besitz dieser Vorschläge gelangt, und indem er in die Lage kam, sich darüber zu äußern, konnte er der öffentlichen Meinung gegenüber über diesen Vorgang unmöglich stillschweigen beobachten; er hat deshalb auch die betr.

Note vom 23. Mai im Bundesblatte publizirt. Im Uebrigen waren die Mittheilungen Frankreichs nichts weniger als gleichgültig für die Schweiz.

— [Die Botschaft des Bundesraths.] Die Zeitungen bringen den Text der vom 25. v. M. datirten Botschaft des Schweizer Bundesraths über Savoyen, welche übermorgen im Nationalrath verhandelt werden soll. Die Botschaft resumirt alle schon bekannten diplomatischen Verhandlungen seit der außerordentlichen Session vom April, giebt dann einen kurzen Abriss über die militärischen Maassregeln, welche die Schweizer Regierung getroffen hatte, namentlich über die noch fortdauernde Besatzung Genfs und schließt mit folgendem Antrage: Wir schließen unseren Bericht mit der Bemerkung, daß wir uns noch nicht in der Lage befinden, mit eigentlich sachlichen Anträgen an Sie zu gelangen, indem vorerst der Erfolg unserer bisherigen Schritte abgewartet werden muß. Zu unserm Bedauern war es nicht möglich, den von Ihnen beabsichtigten Status quo aufrechtzuerhalten, da, wie Sie aus dem Berichte werden ersehen haben, eine vollständige Besitzergreifung auch der neutralisirten Theile Savoyens mittlerweile vor sich gegangen ist. Wir werden inzwischen die angebahnten Schritte mit allem entsprechenden Eifer verfolgen; wir werden die Interessen der Schweiz in dieser schwebenden Frage auch künftig nach besten Kräften wahrnehmen und die Rechte der Schweiz, so viel an uns liegt, zu wahren bestrebt sein. Auch werden wir beim Eintreten ernstlicher Umstände, oder wenn es sich um die Genehmigung einer Uebereinkunft handeln sollte, natürlich nicht ermangeln, die Bundesversammlung unverzüglich wieder einzuberufen. Inzwischen beschränken wir uns für einmal lediglich auf den Antrag, daß es Ihnen gefallen möge, die dem Bundesrathe unter dem 4. April ertheilten Vollmachten wieder zu erneuern.

Italien.

Mailand, 9. Juli. [Kleine Notizen.] Der Turiner Senat hat den Vertrag mit der Gesellschaft Salabot bezüglich der Verwaltung der lombardischen und zentralitalienischen Eisenbahnen genehmigt. — Die Journale „Campanile“ und „Armonia“ wurden mit Beschlagnahme belegt. — Nachrichten aus Neapel zufolge haben Nunziante und Santo Vito ihre Entlassung genommen.

Mailand, 10. Juli. [Telegr.] Die „Unione“ theilt mit: Ischitella solle nach Wien, Seracapiola nach Turin gehen und Petrucci ins Privatleben zurücktreten. — Der Papst sei im Begriff, die Konstitution vom Jahre 1848 und andere Reformen zu ertheilen, bestehe jedoch auf Integrität seiner Besitzungen. — Ingenieur Salabot habe eine Einladung erhalten, eine Gesellschaft zum Bau von Eisenbahnen in Neapel zu gründen.

Piacenza, 7. Juli. [Verurtheilungen.] Der Bischof von Piacenza wurde zu 14 monatlichem Kerker und 1300 Lire Geldstrafe, dessen Generalvikar zu einem Jahre Gefängnis und 1000 Lire Geldstrafe verurtheilt, die Domherren, einen ausgenommen, zu 6 monatlicher Freiheits- und 500 Lire Geldstrafe.

Rom, 3. Juli. [Die Lage.] Es war hier schon länger kein Geheimniß mehr, daß der Papst in die Errichtung eines „Comitatus der öffentlichen Sicherheit“ (Comitato di Salvezza pubblica) eingewilligt hatte. Unter der obersten Leitung der Prälaten Matteucci und Lo Schiavo mußte es ein genaues Verzeichniß der Verdächtigen, der Feinde und Freunde der Regierung anlegen und für die Ueberwachung der Ersteren Sorge tragen, während eine ihm beigeordnete Kommission der Cardinale Vilelcor, Wiseman und Neisach die Reaction zu Gunsten des Papstes in Frankreich, England und Deutschland zu leiten hatte. Die speziellen Akte dieser geheimen, kirchlich-polizeilichen Maschine sind jetzt, ob durch Zufall, ob durch Denunziation aus Florenz, mit ihrem ganzen Getriebe der nationalen Partei genau bekannt geworden, und diese wartet mit Verlangen auf den günstigen Augenblick, die Geißel über diejenigen zu schwingen, welche in den letzten vier Wochen nichts Gewissenhafteres zu thun hatten, als polizeiliche Verfolgungen und Verhaftungen zu verhängen. Es sind hier wohl zehnmal mehr Elemente zu einem Tage des Terrorismus einer blutigen Revolution, als in Neapel vorhanden, und daß es dazu kommt, ist täglich mehr zu fürchten. Daher sehen wir von Entmutigten wie auch von manchen Beherzten, die aber doch die Sicherheit vorziehen, die Stadt verlassen. Die Cardinale, welche den Eingebungen von den Tuilerien her zu Willen sind oder die im Rufe stehen, es zu sein, rathen dem Papste immer wieder, seine Kräfte der gewaltigen Woge des Volkswillens gegenüber doch ja nicht zu überschätzen, vielmehr das Statuto von 1848 wieder aufleben zu lassen und so Alle zufriedenzustellen, ehe es zu spät sei. Sie weisen zu ihrer Rechtfertigung auf die Revolution in Neapel hin, wo die demokratischen Ultra's für einige Tage alle Macht in Händen haben und dem Könige seine Konstitution vor die Füße werfen. Doch vergeblich, die Partei Cardinal Antonelli's, wie alle, die auf Destreich hoffen, rathen ihm zu warten. Um die Fästigen los zu werden, machte Pius IX. gestern einen Ausflug nach Civitavecchia. (B. Z.)

Die Ereignisse in Neapel und Sicilien.

Der „Corriere mercantile“ von Genua theilt den Wortlaut der bereits telegraphisch angekündigten Dekrete mit, durch welche König Franz II. in die konstitutionelle Bahn einzulinden sucht. Es genügt indessen, die einfache Aufzählung derselben, da die Titel zur Genüge den Inhalt kennzeichnen. Die Dekrete verfügen also die Wiederherstellung der Konstitution von 1848, die Zusammenberufung der Wahlkollegien auf den 19. August und des durch dieselben gewählten „nationalen Parlaments“ auf den 10. September, ferner Gewährung der Pressefreiheit und Einsetzung einer Kommission von vier Mitgliedern unter dem Vorsitz des Ministers des Innern, um ein Wahlgesetz, ein Gesetz über die Verwaltungsorganisation, ein Gesetz über den Staatsrath und ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit zu entwerfen. Die Veröffentlichung dieser Dekrete ist eingeleitet durch einen Bericht der neuen Minister, welcher die Nothwendigkeit und Tragweite dieser verschiedenen Maassnahmen beleuchtet. In ihrem Berichte setzen die Minister auch auseinander, daß die Verfassung von 1848 rechtlich niemals abgeschafft gewesen sei, und daß es ihnen, ebenso einfach als logisch erscheine, dieses Statut wieder in volle Kraft zu setzen. Das Ausland, versichert der Bericht schließlich, wird die Weisheit des Souveräns in diesem hohen Entschluß bewundern und die Völker werden dieses neue Pfand des Königs zur Einweihung des konstitutionellen Regimes mit Dankbarkeit entgegennehmen. Im Uebrigen fehlt in der Reihe der Minister, die unterzeichnet haben, der Name Manna's, der dem Volke eine besondere Bürgschaft bot und dessen Ablehnung, in das Ministerium einzutreten, in Neapel, wie wir bereits mittheilten, eine tiefe Sensation verursachte.

In Turin wollte man wissen, daß Garibaldi einen Schlag gegen Neapel selbst beabsichtige. Die Gerüchte, daß dem spanischen General Prim der Oberbefehl über die neapolitanische Armee angeboten, werden von der „Independencia“ als glaubhaft bezeichnet. Indessen sei General Prim, theils durch seine liberalen Grundzüge, theils durch das Mißgeschick, welches General Camorriere bei der Reorganisation der päpstlichen Armee erfahren, bewogen worden, die ihm gemachten Anerbietungen mit der Bemerkung abzulehnen, daß sein Vegen nur seinem Lande und seiner Königin dienen könne.

Der neue Polizeipräsident in Neapel fordert in einer Proklamation die Bevölkerung auf, aus Dankbarkeit für die neuen Institutionen, sich mit jener Klugheit zu benehmen, welche Zeugniß von der Zivilisation eines Landes giebt, Ruhe zu halten, Personen und Eigenthum zu achten und, durch Ausübung der Bürgertugenden, durch Mäßigkeit, Gehorsam gegen die Geseze, durch Vermeidung von unvorsichtigen Worten, verlegenden Ausfällen, Unmäßigkeit und rohen Zusammenrottungen das persönliche und öffentliche Wohlergehen zu befestigen.“ Sodann macht der Polizeipräsident den Neapolitanern das Kompliment: „Die ruhige und würdige Haltung eines ungemein zivilisirten Volkes zeichnet aus und ehrt die ungeheure Majorität der Bewohner dieser Hauptstadt.“ Damit diese Haltung nicht gefährdet werde, „sind alle Zusammenrottungen und alle Rufe, die Aufstände herbeiführen können, verboten“ und ist die Militärgewalt beauftragt, in passender Weise tumultuarische Zusammenrottungen auszuwachen zu treiben.“ Schließlich begehrt der Polizeipräsident die Ueberzeugung, daß diese Ermahnung von den guten Bürgern gut aufgenommen werde, welche durch ihre gemäßigte Haltung die Militärgewalt nicht veranlassen wollen, einzuschreiten, und diejenigen festzunehmen, welche dieser Ermahnung taube Ohren leihen.“

Nach einem Turiner Briefe der „N. Z.“ ist in Sicilien der Gang der Politik und Verwaltung noch immer sehr präfix, und Garibaldi kann nur wenig auf die Mitwirkung der Bevölkerung für seine ferneren Unternehmungen rechnen. Um so reichlicher fließen ihm diese Mittel aus anderen Theilen Italiens und auch aus dem Auslande, vorzüglich aus England zu; selbst aus Rom und anderen der päpstlichen Herrschaft unterworfenen Städten sind namhafte Summen eingegangen. Um die Verwaltung in besseren Gang zu bringen, beizt es, daß Herr Valerio seine Stelle als Gouverneur von Como aufgeben wird, um sich nach Sicilien zu begeben und dort Garibaldi seine Mitwirkung anzubieten. Obwohl unstrittig die sardinische Regierung diesem Antrage fremd ist, so zweifelt Niemand, daß sie selbst diese Kombination wünscht und ihr keine Hindernisse entgegen setzen wird. Valerio ist zu jenem Auftrage sehr geeignet; mit Garibaldi befreundet und als ehemaliges Kammermitglied der äußersten Linken, ja als einer der Führer dieser Partei, bringt er einen bekannten und einflussreichen Namen nach Sicilien. Sein zehnjähriges parlamentarisches Leben und seine einjährige Erfahrung in den Verwaltungsgeschäften in Como lassen hoffen, daß seine Rathschläge für Garibaldi von großem Nutzen sein werden.

Spanien.

Madrid, 8. Juli. [Ernennung; Amnestie.] Zavala wurde zum Marineminister ernannt. — Die Amnestie ist auf alle Personen, welche der Militär-Gerichtsbarkheit unterworfen und wegen politischer Vergehen in Anklagestand versetzt oder verurtheilt wurden, ausgedehnt worden. (Tel.)

Portugal.

Lissabon, 3. Juli. [Veräußerung überseeischer Besitzungen.] Man beräth einen Vertrag mit Holland wegen der Inseln Timor und Solar (Oceanien), welche den Niederlanden verkauft werden sollen. Die Kammer scheint dazu wenig geneigt. Eigenthümlich ist, daß in einem solchen Augenblicke 3 holländische Fregatten im Tajo liegen. — Man spricht von einem Projekte, die Kolonie Mozambique gegen unsere auswärtige Schuld an Napoleon III. abzutreten.

Schweden und Norwegen.

Helsingborg, 6. Juli. [Geschenk für Garibaldi.] Am 4. hatte ein großer Theil der Einwohner Helsingborgs, in ihrer Eigenschaft als Ehrenmitglieder der Societä nazionale italiana, sich auf dem Rathhause versammelt, um sich über ein Ehrengeschenk an Garibaldi an seinem Geburtstage zu berathen. Einer der Bürger war so liberal, zu diesem Zwecke einen Säbel anzubieten, den Karl XIV. Johann seiner Zeit einem schwedischen General geschenkt hatte. Der Säbel ist von schwedischer Arbeit, ausgezeichnet schön emailirt, der Griff mit Amethysten eingelegt und die Klinge mit kriegerischen Emblemen, dem schwedischen Wappen und Karl Johann's Namensziffer geschmückt. Die Versammlung nahm natürlicherweise das Anerbieten mit Dank an; es ward beschlossen, den Säbel in Begleitung eines Schreibens abzugeben, und der Tag schloß mit einem munteren Festmahl, bei welchem Trinksprüche auf Garibaldi und Italiens vollständige Befreiung ausgebracht wurden. Im Schreiben wird es stark betont, daß diese Klinge von einem schwedischen General getragen wurde, der sich um sein Vaterland verdient gemacht hat und daß er denselben von einem „Sohn der Revolution, Marshall Bernadotte, erhielt, der später König von zwei skandinavischen Reichen ward.“

Türkei.

Konstantinopel, 10. Juli. [Telegr.] Fuad Pascha ist mit unbeschränkter Vollmacht zur Pazifikation Syriens versehen, abgereist. — Die Telegraphenleitung nach Salonichi ist eröffnet.

— [Religiöse Bewegung in Rumelien und Bulgarien.] Von der türkischen Gränze wird der „Destr. Btg.“ geschrieben: „Seit einiger Zeit greift in Rumelien und Bulgarien die religiöse Bewegung um sich, welche unter der Protection der Pforte einerseits ein vollständiges Schisma zwischen der bulgarisch-rumelischen griechischen Bevölkerung und dem Patriarchate in Konstantinopel, andererseits aber eine Vereinigung der Ersteren mit der römischen Kirche anstrebt. Man kann die Dimensionen, welche diese Bewegung angenommen hat, leicht nach der Thatsache berechnen, daß in neuerer Zeit allein in der Umgegend von Seres bei 20,000 Angehörige der griechisch-orthodoxen Kirche sich von der Suprematie des Patriarchen losgetrennt und mit der römischen Kirche unirt haben, daß eigenes zu diesem Zweck unter der geschickten Redaktion des Herrn Paulovits, eines Bulgaren, in Konstantinopel ein Journal „Bulgaria“ erscheint, welches in vielen Tausenden von Exemplaren in den türkischen Provinzen verbreitet wird, und daß endlich der größte Theil der griechischen Gemeinden in Bulgarien im Begriffe steht, sich von der griechischen Kirche loszutrennen. Der Grund dieser kirchlichen Bewegung liegt zum größten Theile in der Geißlichkeit der griechischen Kirche, in der gänzlichen Unfähigkeit ihrer Mitglieder, in der Schamlosigkeit, mit welcher die niedrigsten wie höchsten Würden dem Meistbietenden verkauft werden, und in den gränzenlosen Erpressungen dieser Geißlichkeit gegen die ihnen anvertrauten Gemeinden. Dazu kommt der Umstand, daß die geistlichen Würden, natürlich immer nur durch Kauf, gewissermaßen in den sanariotischen Familien erblich sind, daß die Kirchenbücher in griechischer Sprache geführt, der Gottesdienst in derselben Sprache abgehalten wird, d. h. in einer Sprache, welche die größte Mehrzahl des Volkes nicht versteht.“

Damaskus, 12. Juni. [Kämpfe im Libanon.] Der unglückliche Kampf im Libanon hat eine sehr verheerliche Ausdehnung gewonnen, er ist in einen wahren Vertilgungskrieg ausgeartet. In den Bezirken Schuf und Mettu, wo Christen und Drusen gemischt wohnen, hatten Letztere die Oberhand: wechselweise Niedermetzelung und Niederbrennung der Dörfer bis vor die Thore von Beyrut waren die Folgen. Die Christen schlugen sich theils schlecht, theils gar nicht, und bald wurden sie verjagt und ausgelündert, bald thaten sie das Gleiche in drussischen Dörfern. Nun zog sich der Feind nach Der-el-Kamar, dem Hauptort der Christen, umzingelte es von allen Seiten und schnitt ihm die Lebensmitel und selbst das Wasser ab. Hier zeichneten sich die griechisch-katholischen Einwohner aus: sie leisteten den Belagerern muthigen Widerstand, und es gelang

ihnen, nach großem Blutvergießen, die Druzen mit empfindlichen Verlust aus ihren Stellungen zu vertreiben. In Hasbaya, einer Stadt am Fuße des Libanon, die ebenfalls eine gemischte Bevölkerung hat, schritten die osmanischen Truppen in einem ziemlich blutigen Treffen zwischen beiden Parteien ein und richteten endlich ihre Kanonen gegen die Druzen. Man kann diesen Kampf keinen Bürgerkrieg mehr nennen, es sind Niedermetzungen, unerhörte Barbareien, die unter den Augen der osmanischen Behörden gegen die Christen verübt werden. In Hasbaya haben sich die auf Zahl und moralisch sehr schwachen griechischen Christen auf Gnade und Ungnade den Druzen ergeben, welche anfänglich Veröhnung heischten und ihnen Amnestie ertheilten; als die Unglücklichen jedoch während der Nacht vertrauensvoll in ihre Wohnungen zurückgekehrt waren, fielen die Druzen auf ein gegebenes Zeichen über sie her und verübten die himmelschreiendsten Gräuelt. Die Männer wurden kaltblütig erwürgt, die Frauen geschändet und ihnen dann der Bauch aufgeschliffen, die Kinder entzwei gerissen oder ins Feuer geworfen, die Häuser und das Eigenthum in Brand gesteckt. Ein Theil dieser unglücklichen Bevölkerung konnte sich mit Mühe von dem Blutbad in eine Art Burg retten, wo die osmanischen Truppen, ohne einen Schuß zu thun, dem Schauspiel zusahen. Von dort aus richteten sie ein Schreiben an den hiesigen griechischen Patriarchen, das einige der Gerechtesten, Weib und Kinder ihrem Schicksal überlassen, hierher brachten. Ueberall, wo die Druzen auf Christen stießen, wurden diese augenblicklich getödtet. Auf Zablé, eine Stadt, deren Bewohner (Griechen und Katholiken) bis jetzt für muthvoll galten, und welche als das Bollwerk der Christen im Libanon betrachtet wird, ist nun das Hauptaugenmerk der Druzen gerichtet. Dahin hat sich der verrufene Schach Semael el Attarich des Sauran mit 5-6000 Mann gewendet. Er begann seinen Zug gegen die Christen mit der Ermordung aller Derjenigen, auf die er unterwegs stieß; namentlich ließ er seiner Blutgier freien Lauf in Kanaker, einem großen Dorfe, in welchem einige arme Christen eine Zuflucht gegen die Wuth der Druzen gesucht hatten. In Zebdani schickte dasselbe Ungeheuer einen Boten an den Vorsteher dieses von Moslimen und etwa 100 Christen bewohnten Fleckens, mit der Aufforderung, er solle ihm die Letzteren ausliefern, widrigenfalls er Häuser und Ernte in Brand stecken würde. Nur mit Mühe erlangte der Vorsteher eine dreitägige Frist, um Instruktionen von der Behörde einzuholen, welche ihm 15 Reiter (eine sehr unzureichende Anzahl) schickte, um sich mit denselben dem Druzenhaufzug zu widersetzen. Später wurde diese Truppenzahl auf 50 Reiter vermehrt. Man fragt sich hier allgemein: ob etwa die osmanische Regierung, oder wenigstens die hohen Beamten in Beirut und Damaskus, bei diesen Vorgängen die Hand im Spiel haben, und antwortet bejahend, auf eine baldige Entschlüsselung wartend. Europa aber möge den traurigen Zustand der Christen im ganzen osmanischen Reich, besonders im Libanon, in Betracht ziehen, wo es kein Dorf, keine Stadt giebt, in welcher sie nicht der Grausamkeit der Druzen, oder der Willkür der türkischen Behörden preisgegeben wären. Auch der hiesigen Christen hat sich ein, vielleicht grundloser, panischer Schrecken bemächtigt; sie fürchten, die fanatische islamitische Bevölkerung möchte diese Feindseligkeiten und die erklärte Unmacht der Regierung benutzen, um ebenfalls über die Christen herzufallen. Die Konsule der vier Großmächte England, Frankreich und Preußen haben sich wiederholt zum Serraster begeben, um ihm die Nähe der Stadt an das Herz zu legen.

Folgender Brief des Jesuitenmissionärs Pater Rousseau enthält einige genauere Einzelheiten über die Kämpfe im Libanon: „Saida, 6. Juni. In der Pfingstwoche war es, wo der grausame Krieg im Libanon ausbrach. Ich habe noch keine Nachricht aus den entfernteren Distrikten erhalten, aber ich kann Ihnen von dem erzählen, was vor den Thoren der Stadt und in einem Umkreise von 7-8 Stunden vorgegangen. Ungefähr 50 Dörfer sind verbrannt worden. In diesen Dörfern wurden die Einwohner theilweise niedergemacht, die Heerden fortgetrieben und die Ländereien verwüstet. Die, welche diesem ersten Gemetzel entkamen, glaubten in Saida einen sichern Zufluchtsort zu finden; als sie aber die ungeheuren Gärten in der Umgegend der Stadt durchzogen, fanden sie ein trauriges Bild vor sich. Die von den Maffis aufgebeutete mohamedanische Bevölkerung führte sich auf die Christen. Die Maffis schrien in den Moscheen und an den Thoren der Stadt: „Sollen wir die Religion unseres Propheten zu Grunde richten lassen? Da kommen die Christen, um unsere Stadt zu nehmen. Zu den Waffen! zu den Waffen!“ Die zahlreichen Mohamedaner, mit Dolchen, Gewehren, Keulen und allen möglichen mörderischen Instrumenten bewaffnet, exaltirten durch einen Fanatismus, wovon man sich unmöglich eine Vorstellung machen kann, ohne diese barbarischen Auftritte mit eigenen Augen gesehen zu haben, stürzten sich mit der größten Wuth auf die arglosen, meistens unbewaffneten und ermüdeten Christen. Sie mordeten ohne Unterchied Männer, Weiber und Kinder und gaben die Leichname förmlich in Stücke. Neunzehn der Leichen waren in einen Garten transportirt worden, wo Pater Primiere sie durchaus mit Gefahr seines Lebens begraben lassen wollte. Unter diesen Opfern waren zwei Frauen, zwei Kinder, neun Priester und sechs andere Männer, die nicht zu erkennen waren. Sie waren alle nackt, blutig, die Glieder abgeschnitten, der Leib mit Wunden bedeckt und die Eingeweide herausgerissen. Ueberall in den Wegen, auf den Feldern, in den Gärten liegen die Leichname umher und verbreiten einen pestilenzialischen Geruch. Die Hunde der Stadt kommen zu Tausenden, sie zu zerfressen. Man kennt noch nicht genau die Zahl der von den Druzen und Mohamedanern geopferten Christen. Die Ginen sprechen von 800, Andere von 1200. Jeden Tag entdeckt man neue Leichen; in der Stadt fand man mehrere Brunnen und Ziffernen und außerhalb mehrere Höhlen, welche bis an den Rand mit Leichen vollgestopft waren.“

[Ueber die Christenverfolgungen] durch die Druzen liegen, zumeist aus Beirut vom 21. Juni, in den englischen Blättern eine Menge von Briefen vor. Die Schilderungen der dortigen Mordthaten sind fürchterlich. Das ganze Land ist verwüstet. Die reiche Provinz Metten mit allen ihren Christen gebörenden Distrikten ist ausgeplündert und niedergebrannt. Die Frauen wurden geschändet. Zahllos mit seiner Umgebung Hasbeeyeh und Rasbeeyeh und Alles rings herum unterlag demselben Schicksale. Männer, Weiber und Kinder wurden abgeschlachtet, und von je Tausenden haben sich nur je 200 retten können. Der ganze Distrikt von Jezzin ist verwüstet, Priester ermordet, Nonnen geschändet und getödtet, und ein Gleiches begiebt sich jetzt in Dar-el-Kamen. Alles das geschah angeblich unter Konivenz der Regierung, von Moslems, Metwalis und Druzen. Die Christen in Damask, Aleppo, Raupulas, Jerusalem und allen übrigen Städten Syriens schweben in augenscheinlicher Gefahr, das Schicksal der Anderen zu theilen.

Amerika.

Newyork, 17. Juni. [Ueber die neuesten Veränderungen der mexikanischen Zustände] giebt die „N. Y. Staats-Zeitung“ folgende Aufschlüsse: „Es war in der Hauptstadt Mexiko längst kein Geheimniß mehr, daß der Klerus mehr als geneigt sei, sich des Generals Miramon zu entledigen, und man wählte anfänglich, daß dies auf friedlichem und freundlichem Wege geschehen könne. Man entsandte vertraute Personen an Miramon, um mit ihm auf gute Art zu unterhandeln, ihm Vorschläge und Vorstellungen zu machen, man versuchte allerhand Intrigen, die Miramon aber sehr wohl durchschaute, und denen er mit der sehr entschiedenen Erklärung ein Ende machte, daß er den nächsten besten Aufgehängten, der ihm wieder mit Anträgen der angegebenen Art kommen sollte, die Treppe hinunterwerfen lassen werde. Somit konnte die Kirche auf dem Wege der Vermittelung nichts erreichen; sie versuchte daher, ihre Selbständigkeit auf andere Weise wieder zu gewinnen. Es war aber ein sehr schwacher Versuch; denn es fehlte ihr dabei jeder Hinterhalt. Auf der einen Seite hatte sie Miramon zu fürchten, sie konnte ihrem Protekt Zuloaga keine Armeelieferungen, auf der andern stand der feindliche General Uruga nicht mehr allzufern, und endlich war sie in der Hauptstadt Mexiko selbst nicht mehr sicher, denn auch dort ist die liberale Partei ziemlich zahlreich vertreten. Diese schien neuen Muth gefoßt zu haben. Die Anhänger derselben waren gerade in jenem Augenblicke mehr als je zu fürchten, denn sie sind reich an Geldmitteln, reich an Waffen, haben unter der arbeitenden Klasse den größten Anhang, und wären sie in gegebenen Momenten, auf den wir zurückkommen werden, mit Muth und Entschiedenheit aufgetreten, so würde das Schicksal der Kirchenpartei wahrscheinlich entschieden worden sein. Da die Kirche auf dem Wege der Güte bei Miramon nichts erreichen konnte, so mußte sie auf andere Weise ihr Ziel zu erreichen suchen. Sie erkaufte einen Theil der Garnison, deponirte Waffen und Munition auf verschiedenen Punkten der Stadt. Die bekannte Proklamation Zuloaga's war erschienen. Während dies Alles aber am Abend des 9. Mai geschah, während man eben den entscheidenden Schlag zu führen und Miramon zu vernichten gedachte, in demselben Augenblicke ließ dieser den General Zuloaga verhaften und als Gefangenen nach sei-

nem Palaste bringen. Damit war der ganzen Bewegung die Spitze abgebrochen. Wären aber in diesem nämlichen gefährlichen Momente die Liberalen aktiv aufgetreten, so würde es schwer sein, zu entscheiden, ob sie nicht mit Leichtigkeit die Oberhand gewonnen hätten. Da sie es nicht thaten, durfte Miramon etwas wagen. Noch in derselben Nacht um 2 Uhr reiste er in einem Wagen nach Tepepe del Camino ab, nahm Zuloaga als Gefangenen mit sich und überließ den Klerus einer allgemeinen Konfusion und Rathlosigkeit. Jetzt erst fingen die Liberalen in der Hauptstadt an, die Köpfe zusammenzusetzen und Entwürfe zu machen, allein es war zu spät. Auch das diplomatische Korps trat am Morgen des 10. im Hause des englischen Geschäftsträgers zusammen; jedem der Herren war eine Abschrift des Zuloaga'schen Dekretes zugestellt worden, und sie faßten den Beschluß, allen Verkehr mit der Regierung in Mexiko nach den Vorgängen des vorigen Tages abzubrechen. Herr Mathew soll seine Regierung hiervon in Kenntniß gesetzt und um weitere Instruktionen gebeten haben; trotz des von ihm gethanen Schrittes jedoch konnte er sich nicht entschließen, die Hauptstadt zu verlassen. Während dem hat Miramon seine Zeit, wie es scheint, sehr wohl benutzt. Er hat offenbar den General Woll für sich gewonnen. Sofort rückte dieser in der Stärke von 2700 Mann dem General Uruga entgegen. Am 24. Mai wurde das Treffen bei Guadalupe geschlagen, und allem Anscheine nach wurde mit ungemainer Erbitterung gekämpft. Trotz der ungemainen Ueberlegenheit der Liberalen aber siegte bekanntlich General Woll, was nur dadurch erklärt werden kann, daß jene ihren Feldherrn verloren, dem das Bein (nach neueren Nachrichten beide Beine) abgeschossen und der gefangen wurde. Aus der Gefangenschaft ist er entkommen, wird aber schwerlich mit dem Leben davon kommen. Der Verlust der Liberalen an Todten und Gefangenen, an Geschützen, Waffen und Munition ist sehr groß. General Woll hat den General Miramon offenbar als Präsidenten anerkannt, denn sein Schlachtbericht ist an ihn als den „Präsidenten“ gerichtet. Miramon selbst aber scheint seine Armee organisiert zu haben, da viele Berichte von derselben sprechen. Was Zuloaga, der als ein Flüchtiger wieder in Mexiko angekommen ist, unternehmen wird, weiß der Himmel; ob er deshalb aber besonders vertrauensvoll auf die Kirche bauen darf, das ist stark zu bezweifeln, denn sie wird den siegreichen Sohn der Kirche, sie wird Miramon jetzt mit offenen Armen wieder empfangen. Von dem Eintreffen des spanischen Gesandten erwartet die liberale Partei viel und um so mehr, als in der Hauptstadt das Gerücht geht, daß der Generalkapitän von Kuba bevollmächtigt sei, unter Umständen in Mexiko zu interveniren, und daß ihm die kürzliche Schlacht in San Vicente dazu die Veranlassung geben werde; mit großer Wahrscheinlichkeit aber darf man annehmen, daß hier nichts als eine Drohung vorliegt, bei welcher es denn auch bleiben wird. Im Allgemeinen wird angenommen, daß sich die Ueberreste der Armee Uruga's den Generalen Dagos und Valle angeschlossen haben, da es bekannt ist, daß dieselben im Marz auf Guadalupe begriffen waren.

Montevideo, 30. Mai. [Amnestie; englische Erwerbung.] Die Legislatur hat noch keinen Beschluß über den in Antrag gebrachten Erlaß einer allgemeinen Amnestie gefaßt, obgleich der Antrag gleich beim Beginn der Session eingebracht worden war. — Zu Anfang des Monats Mai war der englische Geschäftsträger mit der Regierung in Unterhandlung getreten wegen Ueberlassung eines Theiles der vor Maldonado liegenden Insel Gorriti, wohnin aus Gesundheitsrückichten das Depot, die Hospitaler u. s. w. der englischen Marinestation von Rio de Janeiro verlegt werden sollten. Als die Sache verhandelt wurde, erhob sich indeß von Seiten einiger Mitglieder der Legislatur und von Seiten der Presse eine so heftige Opposition, daß das Projekt aufgegeben wurde. Das Augmentum Englands ist jetzt auf Sta. Catharina an der brasilianischen Küste gerichtet, ein Punkt, der sich durch günstiges Klima und einen vortheilhaften Hafen für den beabsichtigten Zweck besonders empfiehlt.

Buenos Ayres. — Neues Gouvernament; die Conföderation.] Nach Berichten aus Buenos Ayres, welche die „Times“ mittheilen, hat der neue Gouverneur, General Mitre, den Dr. Alfina zum Staatssekretär, den Obersten Oves zum Kriegsminister und Herrn de la Riestra zum Finanzminister ernannt. Letzterer aber die Ernennung abgelehnt, worauf Herr Estilao das Portefeuille der Finanzen erhalten hat. Der neue Finanzminister soll für die Interessen der Staatsgläubiger günstig gestimmt sein. General Mitre soll seine Erwählung mit wenigstens indirekter Unterstützung Urquiza's durchgesetzt haben, seine Minister dagegen gehören der Partei der Exallados oder sogenannten Ultra-Unitarier an. — Der Konvent, der die Bedingungen des Eintrittes von Buenos Ayres in die argentinische Conföderation festzusetzen hatte, hat seine Arbeiten vollendet und den Konfessionsentwurf durch einen gewissen Diplomaten nach dem Paraná gelangen lassen. Unter Anderem schlägt dieser Entwurf vor, die Bezeichnung argentinische Conföderation in den Namen: „Vereinigte Freistaaten des Rio de la Plata“ zu verwandeln. Man glaubt nicht, daß der argentinische Kongreß auf diesen und die übrigen Vorschläge des Konvents eingehen werde und erwartet daher neuen Zwiespalt, da die Annahme der Vorschläge zur Bedingung für den Eintritt von Buenos Ayres in die Conföderation gemacht ist. Vielleicht kommt es also wieder zum Kriege, der dann nur mit der völligen Unterwerfung oder der Unabhängigkeitserklärung von Buenos Ayres endigen kann.

Neu-Granada. — [Präsidentenwahl.] Die „Times“ melden nach Briefen aus Bogota, daß die liberale Partei sich für den General Mosquera als Kandidaten für die Präsidentschaft erklärt habe, unter der Bedingung, daß derselbe sich auf keinen Bürgerkrieg einlasse. Andererseits hat die Regierung den Kongreß vernichtet, das den Liberalen antizipirte Wahlgesetz zu modifiziren, und wird versuchen, sich ohne Blutvergießen durch Nachgiebigkeit in ihrer Stellung zu behaupten. Auch der konservative Kandidat für die Präsidentschaft, General Herran, wünscht den Frieden, und sein Einfluß auf die Regierung macht sich bemerkbar.

Guayaquil. — [Fortdauernde Fehden.] Nach Berichten aus Guayaquil ist die Verbindung der Stadt mit dem ganzen Innern des Landes noch immer unterbrochen und jedes friedliche Arrangement durch die am 7. Mai erfolgte Landung des Generals Flores in Tumaco und dessen Vorrücken gegen Quito unmöglich gemacht worden. General Franco, der jetzt in Guayaquil den Befehl führt, hat ein Schuß- und Trugband mit dem General Mosquera, dem Gouverneur des Staates Cauca, abgeschossen und letzterer sich verpflichtet, die provisorische Regierung in Quito von der Grenze von Pasto her anzugreifen. Der Staat Cauca hat sich von der Regierung von Neu-Granada unabhängig erklärt, und man glaubt, es sei im Einverständnis mit dem General Castilla von Peru ein Plan zur Bildung einer neuen Republik entworfen worden, welche aus Quito und den anderen Binnenprovinzen, mit Ausnahme des Staates Cauca, bestehen und dem Guayaquil und die Seeküste von Peru einverleibt werden soll.

Ernteberichte.

Stralsund, 10. Juli. Seit dem 6. d. ist das Wetter mehr beständig geworden, und die Heuernte konnte demnach bereits zum größten Theil in Sicherheit gebracht werden. Bei der früheren, vorübergehend regnerischen Witterung hat sich nur mitunter etwas Weizen und Gerste gelagert, und wenn es jetzt trocken bleiben sollte, so ist der angerichtete Schaden nicht bedeutend. Weizen und Roggen versprechen ein volles Durchschnitts-Quantum, Gerste noch darüber hinaus. Hafer steht größtentheils dünn und kurz. Erbsen äußerst üppig, doch auf Ähren mitunter weniger gut. Vor acht Tagen zeigte sich die Kartoffelkrankheit in den Gärten, und hat sich seitdem daselbst bedeutend ausgebreitet; jetzt zeigt sich dieselbe auch schon auf einigen Feldern. In früheren Jahren begann die Krankheit erst Anfang August. Die brillanten Aussichten für die Rüben- und Kleeernte haben sich während der letzten vierzehn Tage bedeutend verringert, da die Mäde in den Schoten große Verwüstungen angerichtet hat. Seit dem 6. d. hat das Schneiden allgemein begonnen und die Forderungen der Landleute werden gegen den 20. d. ihren Anfang nehmen.

Petersburg, 6. Juli. Ueber den Stand der Saaten lauten die Berichte aus allen Theilen des Reiches außerordentlich günstig, so daß wir eine reiche Ernte und für nächstes Jahr wieder billige und größere Zufuhren von Getreide in Aussicht haben.

lokales und Provinziales.

Posen, 12. Juli. [Stadtverordnetenversammlung.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten veranlaßte der Vorsitzende zunächst die Wahl eines Protokollführers aus der Mitte der Versammlung, da der Stadtklerikar Zebe an der Ausübung dieses Amtes durch Krankheit behindert ist. Gewählt wurde hierzu der Oberpostsekretär Schimmelpfennig, alsdann das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und hierauf zur Tagesordnung übergegangen. — Seitens der Direktion der Gasanstalt ist der Vorschlag gemacht, eine Ermäßigung der Gaspreise von 3 Thlrn.

5 Sgr. auf 3 Thlr. pro 1000 Kubikfuß eintreten zu lassen, und der Magistrat ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung. Nach den von der Direktion gegebenen Aufschlüssen würde durch diese Ermäßigung allerdings, nach dem vorjährigen Verbrauch zu schließen, eine Mindereinnahme von 2000 Thlrn. entstehen, dieser Ausfall jedoch dadurch voraussichtlich gedeckt werden, daß die Beschaffung der Kohlen in diesem Jahre billiger erfolgt sei, auch die Ausbeute an Roark und Theer ic. sich rentabler gestalten, und daß ferner der Konsum in diesem Jahre sich bedeutend steigern werde. Das Anlagekapital würde also immer noch reichliche Zinsen tragen, ja die Direktion glaubt für die Folge noch eine weitere Ermäßigung in Aussicht stellen zu können. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit dem Vorschlage einverstanden. — Die Wahl eines Beigeordneten an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Gubertan wurde wiederum vertagt, da die zu diesem Zweck abgehaltenen Vorberatungen zu einer Einigung über bestimmte Persönlichkeiten nicht geführt hatten. — Den Real- und den Elementarschulfonds-Rechnungen pro 1858 wurde Decharge ertheilt, dagegen die Marstallfondsrechnung pro 1858 und die Depottalrechnung pro 1856 zur Beantwortung der gezogenen Notate an den Magistrat zurückgegeben. — Zur Armendeputation wurde an Stelle des Verstorbenen Günther der Kaufmann Obadias Fiedler gewählt. — Der Dezerent des Magistrats in Schulangelegenheiten hat einen umfassenden Bericht über die Zustände des hiesigen Kommunal-schulwesens erstattet, in welchem die großen Mängel desselben hervorgehoben und Mittel zur Abhilfe in Vorschlag gebracht werden. Aus diesem Berichte ergibt sich unter Anderem die traurige Thatsache, daß es in hiesiger Stadt für die Volksschule sowohl an genügenden Lokalitäten als ausreichenden Lehrkräften fehlt, indem sämtliche Klassen, deren Lokale in einigen Fällen ohnehin durch ungesunde Lage ic. ihrem Zwecke nicht entsprechen, mit Schülern überfüllt sind, und daß trotzdem noch viele Kinder zurückgewiesen werden müssen. Der Magistrat sowohl als die Schuldeputation ist mit den Vorschlägen zur Beseitigung dieser Uebelstände einverstanden, und auch die Stadtverordnetenversammlung erkennt das Bedürfnis einer Abhilfe an, erwartet jedoch Seitens des Magistrats bestimmt formulierte Anträge. — Für den 20. Beitzel wurde der Bäckermeister Czapiński zum Armenbezirksvorsteher gewählt. — Direktor Brenneke hat beim Magistrate beantragt, an den Fenstern der Realschule anstatt der Rouleaux Marquisen anbringen zu lassen. Der Magistrat befürwortet diese Aenderung, die sich als ein notwendiges Bedürfnis herausgestellt hat, und ersucht die Versammlung, die hierzu erforderliche Ausgabe von 42 Thlrn. zu genehmigen. Die Versammlung bewilligt die Summe.

Auf Grund eines früheren Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung soll von Michaelis d. J. ab an der Mittelschule ein jüdischer Religionslehrer angestellt werden. Nach dem Gutachten des Rectors Hiescher würde ein Unterricht von 4 Stunden wöchentlich genügen, und auch die Schulkommission ist dieser Ansicht. Die Versammlung bewilligt deshalb die hierfür erforderliche Summe von 64 Thlrn. — Der Kaufmann Mendel Sohn hat wiederholt ein Gesuch beim Magistrate eingereicht, in welchem er um Rückerstattung der 25 Prozent Aufschlag zur Mafsch- und Schlachtfleischer von den für die städtischen Anstalten gelieferten Konsumtilen pro 2. Semester 1859 bittet. Die Versammlung glaubt jedoch keine Ursache zu haben, von ihrem früheren Beschlusse abzugeben, und lehnt das Gesuch ab. — Bei dem Gesuch des früheren Gold- und Silberarbeiters Benj. Fiegel um Ertheilung des Konfesses zum Handel mit alten Gold- und Silbersachen wurde Rüksicht und Bedürfnis anerkannt. — Als Schiedsmann für das XII. Revier wurde der Maurermeister Härtel gewählt. — Der Theaterdirektor Keller bittet in einem Gesuch an den Magistrat, die Miete des Stadtheaters für solche Tage, an denen im Sommer wegen unfreundlichen Wetters im Sommertheater keine Vorstellungen gegeben werden können, auf 4 Thlr. zu ermäßigen. Der Magistrat befürwortet das Gesuch und die Versammlung giebt ihre Genehmigung. — Für einen städtischen Lehrer wurden zu einer Badereise 40 Thlr. bewilligt. — Auf dem Laszkowski'schen Grundstücke Nr. 62 auf der Wallischei haftet der Rest eines Darlehens aus der Kämmererkasse von 40 Thlrn. Die Befitzer beabsichtigen, ein Darlehen von 400 Thlrn. auf das Grundstück zu nehmen und beantragen hierfür das Prioritätsrecht. Die Versammlung ertheilt ihre Genehmigung hierzu, da das Grundstück zu 1356 Thlrn. abgeschätzt, also genügende Sicherheit vorhanden ist. — Als ein dringendes Erforderniß hat sich die Anfertigung eines Planes für die Stadt Posen und deren Vorstädte herausgestellt. Bereits vor mehreren Jahren war mit einem Geometer ein Abkommen zur Anfertigung eines solchen Planes getroffen, derselbe hatte sich jedoch, nachdem er nur einen geringen Theil dieser Arbeit angefertigt, von hier entfernt und ins Ausland begeben, so daß er zur Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht angehalten werden konnte. Der Magistrat hat nunmehr einen Kostenanschlag anfertigen lassen, nach welchem zu dieser Arbeit ungefähr 1500 Thlr. erforderlich sein würden, und beantragt, diese Summe für 1861 und 1862 auf den Etat zu nehmen, gleichzeitig jedoch zum sofortigen Beginn der Aufnahme noch für dieses Jahr 500 Thaler zu bewilligen. In der Versammlung machte sich die Ansicht geltend, daß es wohl zweckmäßiger sei, zunächst mit einem Geometer einen Kontrakt über die Anfertigung des ganzen Planes abzuschließen, und sie ersuchte deshalb den Magistrat, das Erforderliche zu diesem Zweck anzuordnen. — Nach Erledigung der vorstehenden Gegenstände wurde noch eine geheime Sitzung abgehalten. — Anwesend waren die Stadtverordneten (Schultheiß Vorsteher), Annuh, B. H. Alch, M. Alch, Breslau, Diller, Dönniges, Federt, Grahmann, E. Jaffe, Sal. Jaffe, Knorr, Lewy, Löwinski, Lüpke, Magnuszewicz, Mamrot, Meisch, Schimmelpfennig, Walter, Zupanski. — Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister, Geh. Rath Naumann, die Stadträte Au, v. Schlobowski, Müller, v. Rosenstiel, Samter und Stadtbaurath Wollenhaupt.

V. Posen, 12. Juli. [Schwur gerichtet.] In der gestrigen Schlusssitzung kam die Anklage wider den Privat-Schreiber Konstantin Schubert und den Wildpretshändler Karl Schumacher, Beide von hier, wegen Wechselfälschung zur Verhandlung. Der Thatbestand ist folgender: Im Januar d. J. überbrachte der Angeklagte Schubert dem Eisenhändler Bab hier selbst gemeinschaftlich mit dem Angekl. Schumacher einen von dem Ziegeleibesitzer Ernst Miehle auf den letzteren angestellten Wechsel über 300 Thlr., zahl-

(Fortsetzung in der Beilage.)

bar am 27. März c., zum Kauf. Das beauftragte den Schneider Sglück sich bei dem Aussteller nach der Richtigkeit des Wechsels zu erkundigen; Schuhmacher erklärte darauf, daß er selbst erst bei Miehle anfragen wolle, ob Sglück zu ihm kommen solle, und erklärte später, daß Miehle den Besuch des Sglück nicht gestatte. Das Geschäft zerfiel deshalb. Am folgenden Tage übergab Schuhmacher dem mit seinem Blankogiro versehenen Wechsel dem Kommissionshändler Ueberheuer zum Verkauf. Dieser bot den Wechsel dem Sglück an, ließ ihn bei demselben zurück, erfuhr jedoch vom Miehle, daß er den fraglichen Wechsel gar nicht ausgestellt habe. Letzterer erkannte auch seine Unterschrift unter demselben als gefälscht an. Schuhmacher aber zeigte einen mit „Ernst Miehle“ unterschriebenen Brief, in welchem er mit der Verwerfung des Wechsels über 300 Thlr. beauftragt wird, mit dem Bemerkten, diesen Brief von einem der Leute des Miehle erhalten zu haben. Zu letzterem, der diesen Brief gar nicht geschrieben, sagte später Schuhmacher, daß er sich nur einen Scherz gemacht, und er hat ihn, den Wechsel zu fassiren. Den Vater des Mitangekl. Schubert aber ersuchte Schuhmacher, die Sache zu unterdrücken, da er ja ein Freund des Miehle sei. Der Angekl. Schubert ist im heutigen Audienztermine geständig, das gedruckte Formular des Wechsels über 300 Thlr. auf Anstiften des Schuhmachers, der sich damals in Geldverlegenheit befand, ausgefüllt und den erwähnten Brief nebst dessen Unterschrift nach Anleitung eines ihm von Schuhmacher vorgelegten Schreibens abgeschrieben zu haben; er bestreitet jedoch, die Namensunterschrift des Miehle unter den Wechsel gesetzt zu haben, bezichtigt vielmehr den Schuhmacher, der ihm für den Fall der Verwerfung des Wechsels 50 Thlr. versprochen, dieser Handlung. Schuhmacher dagegen legt dem Schubert zur Last, daß er den Wechsel ge- und unterschrieben, gesteht aber gleichwohl zu, die Schritte zur Verwerfung desselben gethan zu haben, obwohl er gewußt, daß der Wechsel gefälscht war. Die Bezeugen bestätigen den Inhalt der Anzeige in allen Punkten. Außerdem ist Schubert geständig, eine dem Kellner Joseph Wladya gehörige Taschenuhr zum Nachtheile des Letzteren verpfändet zu haben. Die Geschwornen erkennen die Angekl. Schubert und Schuhmacher der Wechselfälschung schuldig, nehmen jedoch nur zu Gunsten des Schubert mildernde Umstände an. Rückfichtlich der Unterschlagung wird ohne ihre Zuziehung verhandelt. Der Gerichtshof verhängt hierauf gegen Schubert wegen Wechselfälschung und Unterschlagung einjährige Gefängnißstrafe, 50 Thlr. Geldbuße, eventuell noch 1 Monat Gefängniß, und gegen Schuhmacher wegen Wechselfälschung eine zweijährige Zuchthausstrafe und eine Geldbuße von 100 Thlrn., event. noch eine 6wöchentliche Zuchthausstrafe.

K Posen, 12. Juli. [Ein Wund.] Fast täglich werden Seitens des korrespondirenden Publikums Klagen darüber laut, daß die Abholung der Briefe, Geldscheine u. von der Post keiner Kontrolle unterzogen wird, indem Seitens der Postverwaltung eine Prüfung der Berechtigung zur Abholung, den sich hierzu

meldenden Personen gegenüber, nicht angeordnet ist. Es können hieraus erhebliche Nachteile entstehen, indem §. 48 des Postgesetzes vom 5. Juni 1852 wenigstens die Mittel an die Hand, wie das Publikum durch den Gebrauch von Legitimationskarten, gegen solche Nachteile sich schützen kann. Demnach hätten besonders die Vertreter der Kaufmannschaft hinlänglichen Anlaß, dieserhalb bei der Postbehörde (wie bereits in Breslau u. gesehene) Anträge zu stellen und etwaige Vereinbarungen zu treffen.

[Erledigte Schulstellen.] Die zweite evang. Schullehrerstelle zu Neu-Borup (Kr. Boms), zum 1. Oktober d. J.; die evang. Lehrerstelle in Tepperbuden (Parochie Karge), vom 1. Oktober d. J. ab; die evang. Schullehrerstelle zu Neu-Battum (Kr. Birnbaum), zum 1. Oktober d. J.; die zweite kath. Schullehrerstelle zu Czempin (Kr. Kottbus), zum 15. August d. J. Der betr. Schulvorstand hat bei sämtlichen Stellen das Präsen-tationsrecht.

Paradies, 10. Juli. [Vom Seminar.] In der letzten Woche des vor. Mts. wurde im hiesigen Schullehrerseminar die Abiturientenprüfung und die feierliche Entlassung der Seminaristen abgehalten. Die Prüfung der diesjährigen 27 Zöglinge nahm Schulrath Dr. Wilewski aus Posen und Dekan Noak aus Kalau, als erzbischöflicher Kommissar, ab. Zur öffentlichen Prüfung und Entlassung der Abiturienten hatten sich viele Schulfreunde aus dem geistlichen Stande eingefunden. Nach der Prüfung in einzelnen Unterrichtgegenständen, welche allgemein befriedigte, hielt Sem. Dir. Köpfer eine ergreifende Rede und schloß mit zeitgemäßen Warnungen und Wünschen. Das Lehrerkollegium, unter dem in den letzten Jahren vielfacher Wechsel stattgefunden, besteht zur Zeit aus dem Direktor Köpfer, Religionslehrer Köhler, Sem. Lehrer Kitzewski, Sem. Lehrer Nachbar und dem Hilfslehrer Gramse. Die Zahl der Zöglinge beträgt gegenwärtig 75. Bei der im Mai abgehaltenen Aspirantenprüfung haben 26 junge Leute Aufnahme gefunden. Die Konfirmanden war dieses Jahr sehr bedeutend. Die mit dem Seminar verbundene Weisenanstalt zählt 12 Zöglinge. Nur Waisen (polnischer Abkunft) finden hier Aufnahme. Die gedachte Anstalt wurde 1844 durch den damaligen Sem. Direktor, jetzigen Weibschol. Bogedain zu Breslau, begründet durch die Guld der betr. Behörden ins Leben gerufen. Sie hat den Zweck, den Seminaristen deutscher Abkunft Gelegenheit zur praktischen Ausbildung in der polnischen Sprache zu verschaffen, weil sonst am hiesigen Orte nur deutsch gesprochen wird. Am 14. Juli d. J. feiert das Seminar seinen 25jährigen Stiftungstag.

Schmiegel, 11. Juli. [Verdienstliches Ernte.] Die Rittersgutsbesitzer M. v. Starzyński auf Ghefowo und A. v. Starzyński auf Splawie haben zur inneren und äußeren Verschönerung der kath. Pfarrkirche zu Woyneś welche (i. R. 150) in diesem Jahre repariert worden, außer den auf sie reparierten Baubeträgen noch gegen 500 Thlr. freiwillig dargeboten. Wird die in den letzten Jahren nicht eben günstige Lage der größeren Landbesitzer erwo-gen, so stellt sich dies um so verdienstlicher und nachahmungswürdiger dar. Den Gubern ist von dem betr. Konfistorium auch ein besonderer Dank abgestattet. — Einige Landwirthe haben mit der Ernte schon den Anfang gemacht; doch der tägliche Regen (seit vorgestern hat er bei und aufgehört; v. Red.) hindert den Fortgang derselben. Auf den Wiesen befinden sich noch bedeutende Quantitäten Heu, welches theilweise unter dem Einflusse der ungünstigen Witterung ver-dorben ist.

Angekommene Fremde.

Vom 11. Juli.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsb. Heideroth aus Zabikowo und Heide-roth aus Plawce, Domänenpächter Böhler aus Trzebielawski, Baunter-nehmer Wolf aus Woschin, die Kaufleute Heppner aus Schrimm und Jacobs aus Grätz.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufmannstochter Appelbaum aus Polajewo, Jeremias und Berend aus Rogasen.
EICHENER BORN. Die Kaufleute Eli aus Rakel und Süßmann aus Zelychowo.
GOLDENER ADLER. Fräulein Ehrlich und die Kaufleute Braun aus Schroda, Pusch aus Breslau, Simon und Günther aus Czerniejewo, Buch aus Put, Ehrlich, Remat und Lehrer Weiz aus Neustadt a. W.
PRIVAT-LOGIS. Die Pastoren Kugel aus Bromberg und Pejsche aus Rogasen, Friedrichstraße Nr. 33 b.

Vom 12. Juli.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Mayer aus Leipzig, Rosen-thal aus Czarnikau, Gähler aus Breslau, Neumann aus Krotoschin und Fiebert aus Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Bronikowski aus Ruchten, Schmidt aus Chazewo und Jozanne aus Luffowo, Frau Rittergutsb. Materne aus Chazewo und Oberamtmann Walz aus Gora.
HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Loghinski und Frau Rittergutsb. v. Elpsa aus Uzarzewo, Gutsächter Demel aus Modawo, Probst v. Breański aus Larnowo, Lieutenant im 12. Inf. Regt. v. Heydebrand aus Schrimm und Kaufmann Drümmer aus Bromberg.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Dulinski aus Glatowo, v. Baranowski und Rentier v. Mickiewicz aus Roznowo, Probst Strypel aus Grabowo, Gutsb. Waligorski aus Krotoschin, Rentant Kuch aus Nitche, die Kaufleute Brieger aus Breslau und Victorius aus Gruppe.
BAZAR. Frau Gutsb. Gräfin Wilecka aus Kobylnik und Gutsb. Szol-dryński aus Siernik.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsb. v. Sawicki nebst Frau aus Dotorowo, v. Mikowski aus Popowo, v. Urbanowski aus Turstowo und v. Kofzinski aus Modawo, Partikulier Naglo aus Sielowo, Gutsbesitzer v. Brodnicki aus Dylezmarke und Zuckerfabrikant Bröder aus Legniz.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Graf Potworowski aus Deutsch-Presse, v. Kurnatowski aus Pogorowo und v. Stornwald aus Rußland, Major im 19. Inf. Regt. v. Koppen aus Rawicz, die Kaufleute Seydler aus Egelzdorf, Krüger aus Königsberg, Gehring und Landsberg aus Berlin, Kemmeris aus Senabrit und Mielhorn aus Glatzhan.
HOTEL DE PARIS. Die Rentiers Korth aus Schneidemühl und Wirs-jewski aus Kleso, königl. Oberförster Stahr aus Zielonka, Bürger Kersten aus Breslau, die Bürgerfrauen Czarnicka und Richter aus Slupce, Probst Walewski aus Pinne, Kaufmann Radkiewicz aus Schmiegel, die Gutsb. v. Skorajewski aus Blizyc und Sieselski aus Sosnowo.
HOTEL DE BERLIN. Generalbevollmächtigter v. Grabowski aus Zaro-cin, Oberamtmann Josephy aus Beltern, die Gutsb. Wendler aus Neu-voorwerk und Tschulke aus Sierakowo, Lieutenant a. D. v. Bork aus Ostrowiecko, Fabrikant Dabowski, Gutsb. Sohn v. Kretowski und Bürger Hajdowski aus Warchau, Lehrer v. Dewig und Schüler Kolbing aus Götzig, Posthalter Bielek aus Stenjewo und Kaufmann Sohn aus Reichenbach.
EICHENBORN'S HOTEL. Gutsächter v. Klöden aus Schwalkowo, Ritter-gutsb. Reuter aus Krotoschin und Kaufmann Steinberg aus Berlin.
BUDWIG'S HOTEL. Rabbiner Brechner aus Zerkow, Einwohner Kottel aus Kleszewo, die Kaufm. Frauen Kochheim aus Schroda a. und Mamlot aus Kallisch.
EICHENER BORN. Kaufmann Weiweiß aus Schrimm, Rabenbesitzer Bierbas aus Magdeburg, Frau Ewenthal aus Berlin, Handlungs-Kommiss Wiener aus Nur. Goslin und Schlossermeister Jarecki aus Lissa.
PRIVAT-LOGIS. Gutsbesitzer v. Strofowski aus Bagiewo, Tauben-strasse Nr. 7.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Der Polizeirath Niederletter ist zufolge Anordnung des Königl. Mini-steriums des Innern seit Weihnachten v. J. bei dem hiesigen Königl. Polizei-direktorium nicht mehr beschäftigt und steht hier in keinen amtlichen Funktionen, was zur Vermeidung von Irrungen hierdurch bekannt gemacht wird.

Posen, den 12. Juli 1860.

Königl. Polizei-Präsident,
v. Bärensprung.

Bekanntmachung.

Es werden:
A. Renten- und Realitätenablosungen und Re-gulirungen nach den Gesetzen vom 2. März 1850 in folgenden Ortschaften:

- a) im Kreise Adelnau:
 - 1) Bugdaj, Rentenablosung,
 - 2) Pustkowie Krzyżno, Realitäten, Ge-meindeverband Granowice,
 - 3) Pustkowie Zawidza, Realitäten, Ge-meindeverband Swieca,
 - 4) Bonitow, Rentenablosung,
 - 5) Stadt Adelnau, Ablosung der Hopfen- und Haferabgabe und Geldzinsen;
- b) im Kreise Krotoschin:
 - 1) Borownica, Realitäten des Kappel-schen Grundstücks,
 - 2) Dzielgizy, Realitäten des Stachischen Grundstücks,
 - 3) Alt-Kobylin, Realitäten der Eigen-thümer,
 - 4) Joty Kotot, desgleichen,
 - 5) Krotoschin, Grundzins von Nr. 286,
 - 6) Ligotta, Realitäten,
 - 7) Pryzyc, Realitäten von Nr. 3 und 30,
 - 8) Kochy, Realitäten der Eigenthümer,
 - 9) Hajd, desgleichen,
 - 10) Jony, Realitäten vom Grundstück Nr. 419/20;
- c) im Kreise Gzarnikau:
 - 1) Krusjewo, Realitäten der Mühle,
 - 2) Walfowice, Grundzinsen, Dienst-, auch Holz-, Weide- und Streuablosung;

d) im Kreise Gzarnikau:
Emolary, Realitäten der Häuser;
B. Gemeinheitsablosungen, Separationen, Holz- und Weideablosungen u. nach der Gemein-heitsablosungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und deren Ergänzung vom 2. März 1850 in folgenden Ortschaften:

- a) im Kreise Adelnau:
 - 1) Gutta, Regulierung und Separation,
 - 2) Pustkowie Krzyż, Bau- und Brenn-holzablosung,
 - 3) Wielowies, Regulierung und Separa-tion;
- b) im Kreise Krotoschin:
 - 1) Dobryca, Brennholz-Ablosung der Pfarre,
 - 2) Korytnica, Regulierung und Separation,
 - 3) Staniewo, Lipowiec, Gzarnysab, Ora, Orla und Wytow, Holz-abfindung;
- c) im Kreise Dobornik:
 - 1) Rogasen, Hütungstheilung;

d) im Kreise Pleschen:

Tursko und Lasowo, Weideablosun-dersehung,

e) im Kreise Schildberg:

Kuznica Kuposa, Gemeinheitsablosung und Regulierung des Krystowewischen Hofes;

f) im Kreise Schroda:

Siedlec-Gauland, Weideablosung;

g) im Kreise Gzarnikau:

1) Brodden, Bau- und Brennholzablosung des Freischulzen,

2) Smolary, Weideablosung,

3) Ulsz, Separation der Abfindung von Ulsz, Ulsz-Gauland und Mochlewo gemeinschaftlich genutzten Hütungs-Dombrowo;

h) im Kreise Gnesen:

Malenin, Separation;

i) im Kreise Wargowiz:

Alt-Briesen-Gauland, Separation;

k) im Kreise Wirz:

Rafel, Separation und Weideabfindung im Paterker Forstrevier

in unserem Ressort bearbeitet.

Alle etwaige unbekannte Interessenten dieser Auseinandersetzungen werden hierdurch aufgefordert, sich in dem auf

den 3. September c. Vormittags 11 Uhr

hier selbst in unserm Parteiengemach anberaumten Termine bei dem Herrn Regierungsrath

Biesel zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame zu melden, widrigenfalls sie diese Auseinander-setzungen, selbst im Falle einer Verlegung, wider sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwen-dungen dagegen weiter gehört werden können.

Posen, den 20. Juni 1860.

Königliche General-Kommission für das Großherzogthum Posen.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bemerkte „via Ruhrort“ oder „via

Düsseldorf“ zu verstehen.

Die zollamtliche Behandlung der Güter wird durch unsere Agenten: **de Gruyter, Schwabius, von der Linden & Co.** zu Ruhrort, **W. Bauer** zu Düsseldorf und **Schiffers & Prey-**

berg zu Aachen gegen feste billige Vergütung besorgt. Diese Agenten jedoch, wie die Herren Kommerzienrath **P. v. Essen** zu Altona und **Meyer H. Berliner** zu Stet-

tin und **Breslau** werden auf Erforderung die direkten Tarife verabfolgen, und ebenso wie die unterzeichnete Direktion jede wünschenswerthe Auskunft ertheilen.

Aachen, den 7. Januar 1860.

Königliche Direktion

der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter

Eisenbahn.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

Am Freitag den 13. Juli c. Nachmit-tags von 4 Uhr ab sollen in unserem Amts-locale 19 Zentner zu jedem beliebigen Gebrauch, und 22 Zentner unter Beding des Einstampfens ausgediente Dienstpapiere, 33 Stück Stempelfisten und 2 Zentner 79 Pfd. breitgeglagene Bleie unter Vorbehalt höherer Genehmigung an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 3. Juli 1860.

Königliches Haupt-Steueramt.

Verkauf ausrangirter Sachen.

Ausrangirte, unbrauchbare Mäntel, so wie andere nicht mehr zum Dienst geeignete Gegenstände, sind bei dem unterzeichneten Regiment zu verkaufen.

Näheres bei dem Zahlmeister, Lieutenant Jch, Mühlentstraße Nr. 18.

Posen, den 10. Juli 1860.

Königl. 2. (Reib-) Fusaren-Regiment.

Konkurs - Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Erste Abtheilung.

Posen, den 7. Juli 1860, Mittags 12 Uhr.

Ueber das Vermögen des Buchhändlers August

Eduard Doepler zu Posen ist der kauf-

männliche Konkurs eröffnet, und der Tag der

Zahlungseinstellung auf den 7. Juli d. J. fest-

gelegt worden.

Zum einwilligen Verwalter der Masse ist der

Kaufmann Heinrich Rosenthal hier selbst be-

stellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners

werden aufgefordert, in dem

auf den 12. Juli 1860 Vormittags

11 Uhr

vor dem Kommissar Kreisrichter Müggel im

Terminzimmer Nr. 10 anberaumten Termine

die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Be-

stellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas

an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Be-

sitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm

etwas verschulden, wird aufgeboten, nichts an

denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, viel-

mehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

15. August d. J. einschließend dem Gericht oder

dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen

und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen

Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit denselben gleich-

berechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners

haben von nun in ihrem Besitz befindlichen

Pfandstücken den Anzeige zu machen.

Posen, den 7. Juli 1860.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Samter,

Erste Abtheilung,

den 14. Juni 1860.

Das dem früheren Holzhändler Ferdinand

Wetzer und dessen Ehefrau zugehörige Grund-

stück Wronke Nr. 72/251, zu welchem die

genannte neue Ziegelei und circa 45 Morgen

Wald gehören, abgetheilt auf 5483 Thlr. zufolge

der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in

der Registratur einzusehenden Tare, soll am

